



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 30.

Berlin, den 21. Oktober 1917.

12. Jahrgang.

Erkennen, was ist!

Berlin, den 16. Oktober 1917.

Noch einmal: Jenseits der Grenze.

Die Schwierigkeiten, mit denen wir jede Woche bei Herstellung unseres Blattes aus technischen und anderen Gründen zu kämpfen haben, zwangen uns, die vorige Nummer abzuschließen, ehe die denkwürdige Reichstags-Sitzung vom 9. Oktober ihren Abschluß erreicht hatte. Der Reichskanzler Dr. Michaelis hatte, sekundiert vom Chef des Reichsmarineamts, Herrn v. Capelle, seinen Bannstrahl gegen die Unabhängige Sozialdemokratie geschleudert. Wir schrieben vor acht Tagen — unser Artikel mußte in Druck gehen, ehe uns vollständige Berichte über den ganzen Verlauf der Sitzung vorlagen —, über das voraussichtliche Resultat der Oktoberkrise: „Die Regierung des Herrn Michaelis hat den parlamentarischen Sturm glücklich überstanden, die Vaterlandsparteiler haben einen Triumph über die Reichstagsmehrheit davongetragen und diese Mehrheit selbst ist völlig in sich zerfallen. Alle stehen aber geschlossen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie.“ „Mancher Arbeiter, der den vollständigen Reichstagsbericht gelesen hat, wird gesagt haben: der letzte Satz stimmt nicht ganz, denn die Herren Ebert, Naumann usw. haben dem Reichskanzler tüchtig die Leviten gelesen, wie ja auch ein Teil der Berliner Presse sehr schlecht auf Herrn Dr. Michaelis zu sprechen ist. Wir halten aber nach wie vor unser Urteil aufrecht und bitten unsere Leser, mit uns dafür zu sorgen, daß die Arbeiter über all den parlamentarischen und journalistischen Lärm und über all den sich überstürzenden Tagesereignissen und Tagesstimmungen nicht die tatsächlichen politischen Zustände und die unter der Oberfläche einer geräuschvollen Tagespolitik wirkenden Macht- und Rechtsverhältnisse verkennen. Mehr denn je ist notwendig, daß das Proletariat erkennt, was ist, damit es sich in den aufgewühlten und verworrenen Problemen unserer Zeit zurechtfindet. Wir wollen daher versuchen, in kurzen Strichen ein den realen Tatsachen entsprechendes Bild der wichtigsten Zeitprobleme zu entwerfen.

Steht die Unabhängige Sozialdemokratie einer geschlossenen Phalanx von Gegnern gegenüber? Der oberflächliche Beobachter wird sagen: nein, denn die Herren Naumann, David, Ebert usw. sind dem Achtungsversuch des Reichskanzlers energisch entgegengetreten. Gewiß, die Regierungssozialisten haben starke Töne gegen Dr. Michaelis angeschlagen, so daß manche unter uns sogar schon an ihre Einkehr und Umkehr glaubten. Wir können eine solche Annahme nicht verstehen und haben noch weniger verstanden, daß sogar die „Leipziger Volkszeitung“ Herrn Ebert für seine Philippika gegen den Reichskanzler Lob spendete. Unser Leipziger Bruderblatt wird inzwischen aus den Verhandlungen des Würzburger Parteitages erkannt haben, wie die wahren Gesinnungen der Ebert usw. der Unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber sind und daß sich Herr Dr. Michaelis gar keine besseren Eidgenossen für seine sozialistengesellschaftliche Kampagne gegen uns wünschen kann. Aber die Ebert mußten gegen Dr. Michaelis auftreten. Hätten sie dessen Bannfluch unwidersprochen gelassen, wäre das gleichbedeutend mit politischem Selbstmord gewesen; für die politisch interessierten deutschen Arbeiter wie für die Internationale waren sie erledigt. Außerdem brauchten sie einen effektvollen Aufstakt zu ihrem Würzburger Parteitage. Die Bezeichnung Regierungssozialismus tut ihnen sehr weh. Herr Michaelis bot ihnen Gelegenheit, scharfe Opposition gegen die Regierung zu markieren.

Etwas ehrlicher war im ersten Augenblick der „Vorwärts“, der die tiefere Ursache des Großen gegen den Reichskanzler mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte:

„Die Herren Michaelis und Capelle haben dem Ausland einen Schmaus bereitet, und ihm den Triumph des Bolschewikismus in Deutschland in Aussicht gestellt. Sie haben die Partei der Unabhängigen, die lange genug im Schatten stand, mit plumpen Hänken, aber sicher nicht zu ihrem Schaden, in das vorderste Licht der Öffentlichkeit gezogen, und nicht mit Absicht aber mit Erfolg so gehandelt, als ob sie die angestellten Propagandachefs dieser Partei wären. Sie haben sich dafür aus dem Hause Abgabe auf Abgabe geholt und haben ihrer eigenen Autorität das Genick gebrochen.“

Vor allem aber sollen die Arbeiter bedenken, daß Herr Dr. Michaelis nur ausgesprochen hat, was seit Jahr und Tag von Regierungsseite in der Praxis gegen die Unabhängige Sozialdemokratie ausgeführt worden ist. Dazu haben die Regierungssozialisten fein stillgeschwiegen, sie haben sogar den Behörden von der Polizei bis zum Reichsgericht Material gegen Unabhängige in die Hand geliefert. Die Behörden brauchten sich gar nicht in geistige Anstöße zu stürzen, haben doch z. B. die juristischen Beauftragten des Parteivorstandes in ihren altenmäßigen Schriftstücken Unabhängige Sozialdemokraten direkt als „Anarchisten“ und Landesverräter bezeichnet. Solche Leute müssen sich schon gefallen lassen, wenn man ihren Enttäuschungsturm gegen Dr. Michaelis als Theaterdonner bezeichnet.

Aber auch der Kampf der bürgerlichen Parteien gegen den Reichskanzler darf nicht die Meinung auskommen lassen, daß damit irgendwelche Sympathie für die Unabhängige Sozialdemokratie verbunden wäre. Selbst das Blatt, das noch am objektivsten den Dingen gegenübersteht, das „Berl. Tageblatt“, legt immer wieder Wert darauf, seine durchaus verständliche Abneigung gegen uns zu betonen. Wenn das Blatt auch manchmal recht energische Töne gegen den Reichskanzler anschlägt, so darf sich der Arbeiter darüber nicht täuschen, daß es durch eine ganze Welt von der Unabhängigen Sozialdemokratie geschieden ist. Das gleiche gilt von der Rede des Herrn Naumann.

Wie der Achtungsversuch des Herrn Dr. Michaelis gewirkt hat, das beweist ein Blick auf die Provinzblätter. Dort hat das „Jenseits der Grenze“ des Reichskanzlers wie ein Signal gegen die Unabhängige Sozialdemokratie gewirkt. Da konnte man lesen:

Herr Dr. Michaelis hat mit seiner Rede am Dienstag eine Grundlage geschaffen, „auf der sich vielleicht ein neues bürgerliches Zusammenarbeiten der politischen Parteien aufbauen läßt. Nötig war es zur Schaffung dieser Grundlage allerdings, daß erst eine Partei als unwürdiger Genosse ausgeschieden wurde, nötig war der Schnitt, mit dem Dr. Michaelis die Unabhängige Sozialdemokratie, die Gefolgsleute von Ledebour, Haase und Dittmann, von den übrigen trennte. Das Wort, mit dem Dr. Michaelis diese Elemente aus der Parteigemeinschaft ausschied, war eine reinigende Tat. Es war in seiner festen Bestimmtheit und in seiner unzweifelhaften Klarheit ein Kennzeichen charakterstarker Politik, auf das man lange gewartet hatte und das man deshalb um so mehr willkommen heißt. Staatssekretär v. Capelle vollendete dann die Reinigungsarbeit. Das also war am zweiten Tag aus der Interpellation geworden! Man wollte die militärische Propaganda entlarven, und die Ent-

larven waren schließlich Reichstagsabgeordnete, die augenblicksweise mit Landesverrättern in Beziehung gestanden haben. Der Tag der Interpellation hatte sich in einen Tag des Gerichts verwandelt, und die Regierung war nicht der Angeklagte, sondern der Kläger.“

Ein anderes Blatt schrieb:

„... und nun erschien der Uebergenosse Dittmann auf den Brettern, nannte die Versöhnungsrede des Kanzlers im Hauptausschuß eine Feigheit und höhnte über die Versicherung, daß alle Parteien, die für die deutsche Sache kämpfen, gleichberechtigt seien. Sie, die Unabhängigen Sozialdemokraten, die gloriensumstrahlten Märtyrer deutscher Politik, seien die Stiefkinder der Regierung. Es macht sich gut, wenn ein Dittmann vor der Welt steht und ein „Gott helfe mir, ich kann nicht anders!“ deklamiert. Was konnte in der geradezu dramatischen Entwicklung dieses Auftretts anderes geschehen, als daß der Kanzler dem angeblichen Märtyrer die Larve vom Gesicht riß? Hat nicht das deutsche Volk ein heiliges Recht, zu erfahren, ob jene Männer Ehre und Achtung verdienen wie jeder Deutsche, oder ob sie jenseits von gut und böse als politische Fanatiker den Bestand des Deutschen Reiches und somit Haus und Hütte jedes einzelnen gefährden? ... Ob hier verrannte Fanatiker oder bewußte Gegner des Deutschtums Ministerarbeit getrieben haben, das ist eine Frage, die den Psychiater fesseln mag, aber nicht ein Volk, das mit einer Welt von Feinden im Kampfe steht. Darum war es eine Tat von größter Bedeutung, daß Admiral v. Capelle den drei Uebergenossen die Masken von den Gesichtern riß. Ihm dankt es jeder, der weiß, worauf es ankommt. ...“

Daß die Attade des Herrn Dr. Michaelis gegen die Unabhängige Sozialdemokratie bei der konservativen und reaktionären Presse freudigen Widerhall fand, ist selbstverständlich. Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb:

„Herr Dr. Michaelis hat nichts weiter gesagt, als daß er Grund habe, die „unabhängige“ sozialdemokratische Partei als jenseits der Grenze vaterländischer Parteien stehend zu betrachten; diese Auffassung und Erklärung sind hundertmal begründet und wären es auch, wenn keinerlei Beziehungen zwischen „unabhängigen“ Abgeordneten und aufrührerischen Matrosen bestanden hätten; und wir sagten schon, daß auch der Herr Reichskanzler diese Beziehungen nur als letztes Glied der Beweiskette gegen diese Partei betrachtet haben dürfte.“

„... Wenn man sich aber auch in anderen als demokratischen Blättern darauf beruft, daß man nicht gleichsam ohne gerichtliches Verfahren Reichstagsabgeordnete oder eine ganze Partei „verurteilen“ dürfe, so ist damit der Sachverhalt ganz unrichtig aufgefaßt. Es handelt sich hier doch nur um einen neuen Fall in der Gesamthaltung der „unabhängigen“ Sozialdemokratie. Seit bald zwei Jahren hat diese Partei die Kriegskredite abgelehnt; schon das stellt sie außerhalb der vaterländischen Parteien. Ihre Aeußerungen und Agitationen sind seither in einer Richtung gegangen, deren klares Ziel die Schwächung des vaterländischen Geistes im deutschen Volke ist, deren voller Erfolg unbedingt zur Niederlage Deutschlands führen müßte. Bei Streikbewegungen, die praktisch Landesverrat bedeuteten, hat man Führer dieser Partei ebenso in der Nähe gesehen wie jetzt wieder bei dem Hochverratsversuch auch in unserer Flotte. Auch der Reichskanzler hat, wie wir annehmen möchten, diesen Vorgang nur als das letzte Glied einer Beweiskette gegen die Haltung der „unabhängigen“ Sozialdemokratie betrachtet. Auch ohne diesen letzten Vorgang war seine Erklärung gegen diese Partei vollauf berechtigt; das

Urteil darüber, wie weit die Partei als solche oder wie weit auch nur der einzelne Abgeordnete der Partei durch diesen Vorfall belästet ist, kann sie deshalb nicht weniger berechtigt machen."

Auf diesen Ton sind alle Präzäuserungen bis weit in die liberale Presse hinein gestimmt. Die Regierung hat, soweit ihr Verhalten gegen die Unabhängige Sozialdemokratie in Betracht kommt, keine Niederlage erlitten. Ihr Vorgehen gegen uns hat vielmehr die offene oder vermäntelte Zustimmung aller politischen Parteien gefunden. Das ist der klare Sachverhalt. Alles Toben des Jubelblocks gegen Dr. Michaelis darf unsere Genossen darüber nicht hinwegtäuschen. Mag nach Dr. Michaelis ein neuer „starker“ Mann kommen, sei es ein Vertrauensmann des Jubelblocks, sei es einer nach dem Herzen der Audeutschen, — uns gegenüber wird die Regierung ihre Haltung nicht ändern. Wir sind auch in dieser Beziehung die Erben der alten, wahren Sozialdemokratie. Gewinnen wir als solche das Vertrauen der Arbeitermassen, sind wir auch dem Kampfe mit einer Welt gewachsen.

Das Konzil von Würzburg.

Der Parteitag der Regierungssozialisten hat bis jetzt den Verlauf genommen, den wir ihm vorausgesagt haben. Die führenden Herren haben sich gegenseitig attestiert, daß sie die Geschicke der Partei in den letzten vier schicksalsschweren Jahren ohne Fehl und Tadel geführt haben. Von einigen Unzufriedenen ist etwas genörgelt worden, aber die Vorstandsherren haben doch volle „Entlastung“ erhalten. Herr Scheidemann ist endgültig an Haases Stelle neben Ebert Vorstandschef geworden. Aus sicherer Deckung wurde ein Trommelfeuer gegen die Unabhängigen losgelassen, an dem Herr Dr. Michaelis seine helle Freude gehabt haben wird. All die einseitigen, parteiischen, ja zum Teil erlogenen Argumente, die man in den letzten Jahren gegen die Opposition gehört hat, wurden mit stilschem Pathos neu serviert und fanden ein dankbares Auditorium. Die Ebert, Scheidemann, Braun, Richard Fischer, Leinert, Löbe usw. brillierten in ihrer dreifachen Eigenschaft als Ankläger, Richter und Strafvollstreckter. Die offenkundigen Parteizerrümmerer schossen ihre Giftpfeile auf die, die sie gewaltsam aus der Partei gedrängt und denen sie die Teilnahme am Parteitage unmöglich gemacht hatten. Soll man nochmals auf die Hochflut von Entstellungen und Verdrehungen eingehen, die in Würzburg gegen uns entfesselt wurde? Es erübrigt sich. Wir wollen aber unseren Genossen, die die Vorgänge in der Partei mit durchlebt und durchlitten haben, dringend raten, den ausführlichen Bericht über die Würzburger Verhandlungen recht genau zu lesen. Sie werden sich dann ihr Urteil selbst bilden und zu der Ueberzeugung kommen, daß unsere Anschauungen über den Kampf für Sozialismus, Demokratie und Frieden durch eine unüberbrückbare Kluft von denen jener Leute geschieden sind.

Damit ist auch alles gesagt, was wir zu den Einigungsreden zu sagen haben, die in Würzburg einen breiten Raum einnahmen. Der „Vorwärts“ behauptet, man habe uns die „offene Hand“ hingestreckt. Mögen unsere Parteigenossen sich aus dem Bericht selbst informieren, was davon zu halten ist. Von Einigung spricht man und in Wirklichkeit verlangt man rückhaltlose Unterwerfung unter die derzeitigen Machthaber der Partei, damit auch die Unterwerfung unter die Grundsätze des Regierungssozialismus. Wie die Friedensresolution des Jubelblocks bis auf den heutigen Tag eine wirkungslose Deklamation, ein Blinder geblieben ist, so ist auch die Würzburger Einigungsresolution ein Mittel, um sich vor der Arbeiterschaft in der Masse des friedfertigen Biedermanns zu zeigen. Um es in einem drastischen Bilde auszudrücken: Erst stranguliert man seinen Widersacher und verkehrt ihm Fußtritt auf Fußtritt, dann reißt man ihm die Friedenshand hin und schreit, wenn er nicht einschlagen kann, vor versammeltem Publikum: Seht, was das für ein unverzöhnlicher Zanfbruder ist.

Noch sind die Verhandlungen der regierungssozialistischen Klerisei nicht abgeschlossen. Aber ihr Würzburger Konzil wird auch über ihre sozialimperialistische Umklammerung und ihre verwässerte Blokpolitik den Segen sprechen. Wir aber wollen den Grundsätzen zur Geltung verhelfen, die Max Adler einmal in die Worte gekleidet hat: Die imperialistische Phase des Kapitalismus kann und wird nur insofern eine Vorstufe des Sozialis-

mus sein, als das Proletariat ihr seine eigene Entwicklungsrichtung entgegensetzt und aufzwingt. Und darum ist es von so überragender Wichtigkeit, daß das Proletariat sich von allen Umwandlungen imperialistischer Geistes fernhält und seine klassenbewußte Ideologie mit aller Strenge, ja Intransigenz (Unverzöhnlichkeit) von der des Gegners absondert. In dieser Bemühung kann gerade in der jetzigen Zeit des Weltkrieges gar nicht zu viel getan werden.

Wochenschau.

Vom 9. bis 16. Oktober 1917.

Kriegsereignisse: Schwere Kämpfe haben in der vergangenen Woche an der Westfront stattgefunden. In Flandern setzten die Engländer in der Gegend von Bizschote gewaltige Infanteriemassen ein. Tagelang währte hier das Ringen, ohne einen strategischen Erfolg zu erzielen, die taktischen Erfolge stehen aber in keinem Verhältnis zu den Opfern. An diesen Kämpfen in Flandern nahmen auch französische Truppen teil. Am 15. Oktober erfolgte auch ein starker englischer Vorstoß bei Arras. In dem Frontabschnitt von Verdun finden fortlaufend größere Teilkämpfe statt.

Das Kampfgebiet, auf dem jetzt Hunderttausende ringen, hat in der ganzen Kriegsgeschichte nicht seines gleichen. Es sind wüste Trümmerstätten von Dörfern und Städten, zersplitterte Baumstämme als Ueberbleibsel der vom Geschosshagel zerstörten Wälder und Büsche und eine Erdoberfläche, die auf viele Hundert von Quadratkilometern von Granaten und Minen zerrissen ist. Die Trichter aber füllt der Herbstregen mit Schlamm und Wasser. Und um diese grausigen Wäpeneien wird Tag und Nacht mit allen Mitteln moderner Vernichtungstechnik gerungen.

Parteigenossen!

Werbefür die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

An der Ostfront ist die strategische Lage ganz erheblich zu Ungunsten der Russen verschoben worden. Deutsche Land- und Seestreitkräfte haben die Insel Oesel, die den Zugang zum Rigaischen Meerbusen bedeckt, angegriffen und nach geringem Widerstande der Russen mit ihrer Hauptstadt Arensburg in Besitz genommen. Die Verteidigungsanlagen der Insel sollen unter englischer Leitung gestanden haben. Mit der Einnahme der Insel Oesel beherrscht die deutsche Flotte den Rigaischen Meerbusen und bedroht den Finnischen Meerbusen, damit auch Baltischport, Reval, Kronstadt und schließlich auch Petersburg.

Ausland: In Oesterreich haben sich alle Parteien des Abgeordnetenhauses einmütig für Abschaffung der politischen Zensur ausgesprochen.

In Ungarn hat der Minister Bazsonyi erklärt, daß die bevorstehende Wahlreform auch den Frauen das Wahlrecht bringen werde. — Der ungarischen Sozialdemokratie, die bisher als Organisation minderen Rechts war, hat die Regierung jetzt eine Reihe von Konzessionen gemacht, die der Partei eine freie Entfaltung ihrer organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit gestatten.

Nach Mitteilungen in der „Wiener Arbeiterzeitung“ versuchen die deutschen Schwerindustrieellen auch die ungarische Presse mit Geld für ihre Sonderzwecke zu gewinnen. 2 Millionen Mark sollen hierzu zur Verfügung gestellt worden sein. Unser Budapestter Parteiblatt „Nepszava“ schreibt dazu:

„Daß für jede Agitation, mag sie auch den idealsten Zielen gelten, Geld nötig ist, ist im Zeitalter des Kapitalismus nicht zu verwundern. Aber die Herren Krupp und Genossen einzufach nur mit Geld. Ihre Agitation besteht in der Hauptsache aus Bestechungen, und was sonst geschieht, ist mehr nur ein Mäntelchen zum Verhüllen dieses Schandwerkes. Wie der Säbel ist, so denkt er. Weil sich die Schwerindustrie nur von materiellen Interessen leiten läßt, urteilt sie, alle anderen täten das gleiche. Nun bin ich aberzeugt, daß bei der ungarischen Presse diese Machenschaften nicht verfangen werden, höchstens bei jenen Blättern, die Lissa Gefolgschaft leisten, also ohnehin kriegerisch gesinnt sind. Wohl aber auf diese Weise die Sympathien für Deutschland auch in Ungarn gründlich ausgerottet werden.“

Daß Bulgarien nicht auf dem Boden eines Verständigungsfriedens steht, haben wir hier schon vor

einiger Zeit an einer Aeußerung des bulgarischen Gesandten in Berlin, Nizoff, nachgewiesen. Bestätigt wird das durch eine Rede, die Zar Ferdinand dieser Tage bei einem Besuche Wilhelms II. in Sofia gehalten hat. Zar Ferdinand legte besonderen Nachdruck auf den „endgültigen Sieg“ und auf die Vereinigung aller Bulgaren, d. h. auf die Annexion Mazedoniens und der Dobrudscha. Damit würde natürlich kein dauernder Friede auf der Balkanhalbinsel geschaffen. Daß von den Franzosen in bezug auf Elsaß-Lothringen gezeugte Wort „Desannexion“, über das sich deutsche Zeitungsschreiber lustig gemacht haben, ist übrigens auch in den Sprachschah der Staatsmänner der Mittelmächte aufgenommen worden. Der bulgarische Ministerpräsident Radostawow erklärte kürzlich einem Mitarbeiter der „Post. Ztg.“, daß es sich bei Mazedonien und der Dobrudscha nicht um eine Annexion, sondern um eine „Desannexion“ handle.

Das Wirtschaftsleben und der Handel der neutralen Länder wird auch weiterhin durch draconische Maßnahmen Englands und Amerikas sehr eingeschränkt. So steht Holland vor der Gefahr, von seinen indischen Kolonien abgeschnitten zu werden, weil Amerika und England in bezug auf Gewährung von Bunkerkohlen Schwierigkeiten machen.

In Schweden ist die Kabinettskrise noch nicht gelöst. Ein konservativer Politiker Widen hatte den Auftrag, ein Kabinett zu bilden und hatte schon konservative, liberale sowie zwei sozialdemokratische Ministerkandidaten in Vorschlag gebracht. Branting war nicht bereit, in das Kabinett einzutreten. In letzter Stunde mußte Widen seinen Auftrag an den König zurückgeben, da in Einzelfragen keine Einigung mit den Konservativen zu erzielen war. Jetzt ist der liberale Parteiführer Eden mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden.

In Spanien scheint der weiße Schrecken zu herrschen. Nach Mitteilungen, die über Frankreich kommen, sind wegen des letzten Aufstandes zahlreiche Todesurteile vollstreckt und viele schwere Freiheitsstrafen verhängt worden. — Ein im spanischen Hafen Cadix interniertes deutsches U-Boot ist heimlich von dort entwichen, was der spanischen Regierung heftige Angriffe der Entente-Presse eingetragen hat.

In Frankreich war das wichtigste Wocheneignis der sozialistische Nationalkongress in Bordeaux. Aus den dürftigen Berichten des Büro Dapas geht hervor, daß es sehr erregte Debatten zwischen Mehrheit, Minderheit und Aienthalern gegeben hat, daß aber eine Parteispaltung vermieden wurde. Der Aienthaler Raffin Dugens, der an einem Tage den Kongress leiten sollte, vereinigte bei der Wahl trotz eines leidenschaftlichen Protestes Renaudels fast die Hälfte der Stimmen auf sich. Die Regierungssozialisten Comptre Morel, Thomas, Renaudel usw. traten entschieden für Fortsetzung des Krieges, Teilnahme an der Regierung, Kreditbewilligung usw. ein. Die Minderheit war in sich nicht geschlossen und konnte sich nicht zu einer einheitlichen Abgabe an die kriegerische Regierung aufschwingen. Schließlich wurde ein Kompromißantrag angenommen, indem man sich zwar für Stockholm und gegen die Paktverweigerung aussprach, im übrigen aber die Pflichten der „nationalen Verteidigung“ anerkannte. Es müssen aber erst ausführlichere Nachrichten über den Verlauf des Kongresses abgewartet werden, ehe man sein Ergebnis endgültig beurteilen kann.

In England hat die Reichstagsrede des Staatssekretärs v. Kühlmann prompt ihr Echo gefunden. Herr Asquith hat in längeren Ausführungen gegen Kühlmanns Ausspruch, nicht Belgien, sondern Elsaß-Lothringen sei das größte Friedenshindernis, polemisiert, die Bundesstreue Englands gegen Frankreich betont und schließlich die Fortsetzung des Krieges bis zur Entscheidung als einziger möglicher Weg, das Kriegsende herbeizuführen, hingestellt. Also das alte Schema der Ministerreden, höchstens daß Herr v. Kühlmann und Asquith in der Form ruhiger und weniger herausfordernd gesprochen haben als so mancher Minister vor ihnen. — Inzwischen geht in England wie in allen Ländern die Verfolgung der Friedensfreunde mit verstärkter Energie weiter.

In Rußland ist der Kampf zwischen Bürgertum und revolutionärer Demokratie in ein neues Stadium eingetreten. Die Regierung hat sich neu gebildet; weit über die Hälfte der Minister besteht aus Bürgerlichen, die sich zum Teil auch Sozialisten nennen, wie ja auch in Frankreich einige rein bürgerliche Parteien mit dem Beiwort „sozialistisch“ paradien. Hervorragende Parteiführer sind aber weder auf sozialistischer noch auf bürgerlicher Seite vertreten. Die neue Regierung hat sich mit einem Aufruf an das Volk gewandt, in dem besonderer Nachdruck auf baldige Herbeiführung eines allgemeinen demokratischen

Friedens gelegt, daneben aber auch die Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee betont wird. Wenn auch die Einnahme der Insel Oesel durch die Deutschen und die dadurch näher gerückte Gefährdung Petersburgs die kriegerischen Tendenzen im russischen Bürgertum wieder gestärkt hat, so dürfte doch der neuen Regierung kein langes Leben beschieden sein. Das von der demokratischen Konferenz geschaffene Vorparlament, das sich den Namen „Einsweiliger Rat der Republik Rußland“ gegeben hat, wird am 18. Oktober zusammentreten und seine Tätigkeit wird sehr bald zu Konflikten mit dem Ministerium führen. Das Vorparlament wird 555 Mitglieder zählen, wovon 388 der revolutionären Demokratie und nur 167 den verschiedenen Parteien des Bürgertums angehören. Daneben steht auch der Kongress aller russischen Arbeiter- und Soldatenräte bevor, in denen nach dem Kornilow-Putsch die radikalen Elemente die Mehrheit haben. Im bedeutendsten K.- und S.-Rate, im Sowjet von Petersburg, hat vor kurzem die Neuwahl des Bureau stattgefunden, in das 4 Maximalisten, 2 Sozialrevolutionäre und 1 Minimalist gewählt wurden. Vorsitzender des Petersburger Sowjet ist der als entschieden revolutionärer Sozialist bekannte Genosse Trozki. Der Petersburger Sowjet hat sich denn auch auf Grund der bisher mit den Kadetten usw. gemachten Erfahrungen gegen eine Koalition mit dem Bürgertum ausgesprochen und die Schaffung einer wirklich revolutionären Regierungsgewalt verlangt. Es ist anzunehmen, daß sich auch die Mehrzahl der Provinz-Sowjets auf diesen Standpunkt stellt. Damit würde es erst recht zu einem harten Kampf mit dem jetzigen Koalitionsministerium kommen.

Wie bei allen Revolutionen, so gehen auch in Rußland neben den politischen Kämpfen soziale Unruhen einher. Der Eisenbahnerstreik ist zwar durch Entgegenkommen der Regierung in der Lohn- und Ernährungsfrage beigelegt worden, dafür sind aber die Arbeiter der wichtigen Erdölindustrie in Baku in den Aufstand getreten. Daneben werden Bauernunruhen aus allen Teilen des Reiches gemeldet. Auch in den asiatischen Distrikten gärt es weiter; so kann Tashkent nur mit Waffengewalt zur Ruhe gebracht werden. — In Finnland wird sich der neugewählte Landtag aus 95 Sozialdemokraten, 65 Mitgliedern des bürgerlichen Blocks, 22 Mitgliedern der agrarischen und 18 Mitgliedern der schwedischen Partei zusammensetzen. Die Sozialisten erzielten insgesamt 310 000, die Bürgerlichen 219 502 Stimmen. Das sozialistische Wahlergebnis ist also günstiger, als die Meldungen der vorigen Woche annehmen ließen. Die Tagung des neuen Landtages wird aber den Konflikt mit der russischen Regierung neu aufleben lassen.

Innere Politik: Von der Tätigkeit des Reichstags, soweit sie nicht im Vortitel behandelt ist, sei noch folgendes nachgetragen: Gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen ist das Gesetz, das dem Reederkapital ein Milliarden Geschenk in den Schoß wirft, angenommen worden. Die Regierungsozialisten haben sich nach langem Schwanken für die Ablehnung entschlossen, nachdem viele von ihnen die Annahme des Gesetzes lange Zeit hindurch als im Interesse der Arbeiterklasse liegend verfochten haben. Besonders hat sich auf diesem Gebiete der bekannte Seemanns-Müller ausgezeichnet. Wir, die wir von Anfang an dieses Gesetz als eine Maßnahme des Großkapitals auf Kosten der Steuerzahler bekämpft haben, sind monatelang als verbohrt bezeichnet worden, die keinen Sinn für die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse hätten, beschimpft worden. Jetzt haben die Herren auch das Gesetz abgelehnt, nachdem ihnen ihr Freund Parvus vorgerechnet hatte, wie unsozialistisch seine Annahme wäre.

Auffehen erregte eine „kleine Anfrage“ des Genossen Dittmann über die Drückergereten bei dem Stahlwerk Beder H. G. Willig bei Arefeld. Es handelte sich um erfolgreiche Reklamationen kriegsbrauchbarer Gießlinge der Firma.

Auf eine Anfrage des Abg. Mühl über das Schicksal der Frau Rosa Luxemburg erteilt der Reichskanzler, i. V. Dr. Helfferich, folgende Antwort:

Die Schutzhaft ist über Frau Rosa Luxemburg verhängt worden, weil sie eine äußerst reger und aufrichtige Tätigkeit in der radikal-sozialistischen Bewegung entwickelt hat und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet hat. Der Einleitung eines Strafverfahrens bedarf es zur Verhängung der Schutzhaft nicht.

Gegen den ihr erteilten Haftbefehl hat Frau Rosa Luxemburg auf Grund des Schutzhaftgesetzes vom 4. Dezember 1916 Beschwerde bei dem Reichsmilitärgericht erhoben. Das Verfahren schwebt zurzeit noch. Der Reichskanzler ist nicht in der Lage, in dieses Verfahren irgendwie einzugreifen und auf Aufhebung der Schutzhaft hinzuwirken.

Durch die Tatsache der bestehenden Schutzhaft erübrigt sich im übrigen ein Eingehen auf die bezüglich der Teilnahme der Frau Rosa Luxemburg an der Stockholmer Konferenz gestellten Fragen.

In der historischen Reichstagsitzung vom 9. Oktober hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann eine Rede gehalten, die in der Presse des Julliblocks über das Bohnenlied gelobt, in der alldeutschen Presse aber arg zerraut worden ist. Herr v. Kühlmann stellte fest, daß zurzeit die Friedensaussichten sehr gering sind. Nicht Belgien, sondern Elsass-Vorbringen sei das wichtigste Hindernis zum Frieden. Weiter wandte sich Herr v. Kühlmann gegen „phantastische Eroberungen“ und meinte, daß in Zukunft die Auswärtige Politik nur „mit Zustimmung des Volkes und seiner großen Masse“ geleitet werden könne. Leider hat Herr v. Kühlmann durch seine Rede den Friedensaussichten nicht auf die Beine geflossen; das beweist das Echo, das sie im Auslande gesunden hat.

Zurzeit ist wieder einmal großes Rätselraten: Geht Herr v. Capelle oder geht er nicht? Für uns ist belanglos, ob der Chef des Marineamtes über den 9. Oktober stolpert oder nicht. Das System bleibt doch dasselbe. Daher ist es auch bloße Zeitschinderei, wenn in der bürgerlichen und regierungsozialistischen Presse tiefsinnige Betrachtungen darüber angestellt werden, ob Herr v. Capelle mit oder gegen den Willen des Herrn Reichskanzlers seine Attade gegen die Unabhängige Sozialdemokratie geritten hat.

Herr v. Tirpitz hat ein langes Dementi losgelassen, in dem er behauptet, daß der „Deutschen Vaterlandspartei“ keine amtliche Unterstützung zuteil geworden sei. — Wer's nicht glaubt, zählt einen Thaler.

Nach der Rede des Herrn v. Kühlmann ist die „Vaterlandspartei“ mit einem neuen Aufruf vor das deutsche Volk getreten, in dem die alte Melodie von einem deutschen Machtfrieden zum so und sovielen Male gesungen wird.

Am 16. Oktober wird der preussische Landtag eröffnet werden. Im Vordergrund des Interesses steht natürlich das zu erwartende Wahlgesetz. Der „Vorwärts“ hat allerlei kritische Bellemungen in bezug auf den Gesetzentwurf, nachdem er monatelang so getan hat, als ob das freie Wahlrecht für Preußen eine reife Frucht ohne Fehl und Mangel sei. Und die regierungsozialistische Provinzpresse hat ihm getreulich nachgebittet. Als wir schon im Juli kritische Bedenken in bezug auf das „allgemeine“ Wahlrecht, über Altersgrenze, Zensusklauseln u. dergl. äußerten, da heute die regierungsozialistische Presse im Chor: „Seht die verbohrteten Unabhängigen, die wollen alle positiven Errungenschaften vereiteln und können nur heulen!“ Jetzt müssen die Herrschaften selbst die Berechtigung unserer Bedenken eingesehen. — Wie es heißt, wollen die Konservativen auch im Landtage einen alldeutschen Vorstoß unternehmen. Der Landtagsabgeordnete Traub (Teltow-Beeskow) hat doch endlich die Konsequenzen seiner alldeutschen Schwertung gezogen und sein Mandat niedergelegt.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des bayerischen Landtages hat sich gegen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit erklärt.

Im sächsischen Landtage ist der Kampf gegen die erste Kammer im Gange.

Eine ungeheuerliche Verteuerung des Reiseverkehrs ist in diesen Oktobertagen eingetreten. Die Schnellzugsfahrkarten sind mit einem zum Teil über 100 Prozent gehenden Ergänzungszuschlag bedacht worden, die Einzige wurden zu Schnellsätzen erklärt und die Personenzüge eingeschränkt.

Die Herren Legien und Bauer sind im Großen Hauptcharakter gewesen. Eine gewerkschafts-effiziente Vertretung teilt mit, daß sie mit Herrn v. Lindendorff eine längere Unterredung gehabt haben. Am Schluß dieser von Herrn Legien ausgehenden Rundgebung heißt es nach dem „Vorwärts“:

„Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitslosigkeit den Widerstand und das unsoziale Verhalten der Unternehmer zu überwinden, keine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mittel der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt.“

Die Rundgebung hatte aber noch folgenden, vom „Vorwärts“ gestrichenen Schlußsatz: „Jede Unterbrechung der Arbeitsfähigkeit in der Rüstungsindustrie ist geeignet, die Widerstandskraft unserer an den Fronten stehenden Söhne und Brüder zu vermindern.“

Jugendweih Oftern 1918.

Die Arbeiterkinder, deren Kinder am kommenden Oftern die Schule verlassen und die ihren Sohn oder ihre Tochter an der Jugendweih unserer Arbeiterjugend teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, schon jetzt die Anmeldungen im Jugendsekretariat, Schicklerstraße 5, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Jugendweih findet am 17. und 24. März 1918 im Festsaal des Stadthauses, Klosterstraße, gemeinsam mit der Jugendweih der freireligiösen Gemeinde statt. Ebenda werden auch die Jugendweihen im Herbst 1918 und zwar am 22. und 29. September abgehalten.

Es sei daran erinnert, daß irgendein gesetzlicher Zwang zur Teilnahme am Konfirmandenunterricht und an der Konfirmation nicht besteht. Arbeiterkinder, die kein inneres Band mehr mit der Kirche verbindet und die vielleicht auch schon das äußere Band mit der Kirche gelöst haben, werden den Wunsch haben, ihren Kindern beim Eintritt ins Leben eine Feier zugänglich zu machen, die ihrer Ueberzeugung und ihrer Weltanschauung entspricht. Eine solche Feier ist unsere Jugendweih. Es ist selbstverständlich, daß die Teilnahme an unserer Jugendweih die Teilnahme an einer kirchlichen Konfirmation ausschließt. Die Anmeldungen sollen schon jetzt vorgenommen werden, weil den Kindern vor der eigentlichen Jugendweih Gelegenheit gegeben werden soll, die Grundgedanken unserer freien Weltanschauung, soweit das ihrem jugendlichen Verständnis angepaßt ist, kennen zu lernen.

Alles Nähere wird bei der Anmeldung bekannt gegeben, die wir recht bald vorzunehmen bitten.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 21. Oktober, hält Genosse Leo Kestenberg den dritten Vortrag mit Erläuterungen am Klavier über Mozart. Beginn 8 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.

Montag, den 22. Oktober, zweiter Abend im Kursus des Genossen Emil Eichhorn über Wirtschaftsprobleme des Weltkrieges.

Dienstag, den 23. Oktober, zweiter Abend im Kursus des Genossen Eduard Bernstein über das Thema: Aus der Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie.

Mittwoch, den 24. Oktober, zweiter Abend im Kursus für Jugendliche: Einführung in die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus.

Donnerstag, den 25. Oktober, zweiter Abend im Kursus des Genossen Ernst Däumig über: Die ökonomische und soziale Entwicklung Rußlands seit der Bauernbefreiung. Neuanmeldungen für diese vier Kurse sind auch an diesen Abenden noch zulässig.

Auf den Kunstabend des Bezirksbildungsausschusses am Sonnabend, den 27. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Die Veranstaltung findet im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstr. 41, statt. Das Programm bringt in seinem 1. Teil ein Trio für Klavier, Violine und Violoncello von Handl, Rezitationen von Gedichten von Hölderlin und Heinrich Heine, Gesang von Liedern von Mozart, Beethoven und Schumann sowie ein Solostück für Violoncello. Im 2. Teil wird geboten ein Solostück für Violine, Gesang von Liedern von Weber, Brahms usw., Rezitationen weiterer Gedichte von Kopisch, Wilhelm Busch usw. sowie ein Trio für Klavier, Violine und Violoncello von Beethoven.

Das ausgewählte künstlerische Programm des Abends sowie der Umstand, daß der Reinertrag des Abends für die Arbeiterbildungsschule bestimmt ist, sollte die Arbeiterschaft Groß-Berlins zu recht zahlreichem Besuch veranlassen.

Da eine Abendklasse nicht eröffnet wird, sind die Karten im Vorverkauf zu erwerben. Sie sind zum Preise von 60 Pf. zu haben im Verbandsbüro, Schicklerstr. 5, in den Büros der Wahlvereine des 4. und 6. Kreises, von Reußlin und Niederbarnim sowie in der Bibliothek der Schule und bei den Kursusleitern.

Die Bibliothek der Schule ist jetzt an jedem Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag abends von 8 Uhr an geöffnet. Sie steht nicht allein den Kursusteilnehmern, sondern auch den Mitgliedern der Wahlvereine Groß-Berlins unentgeltlich zur Verfügung. Die Parteigenossen und Genossinnen werden

erlaubt, recht ausgiebig von dieser Bildungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Als Legitimation ist die Karte, das Mitgliedsbuch usw. vorzuzeigen. Die Bibliothek umfasst über 5000 Bände; sie enthält die besten und bedeutendsten Werke aus dem Gebiete des Sozialismus, der Geschichte, Nationalökonomie, Naturwissenschaften, schönen Literatur usw.

Wie Regierungssozialisten schwinden!

Der Anstich des stärksten Parteiverbands in den zum Mannheimer Wahlkreis gehörenden Landorten — Hockenheim — an die U. S. P. hats den Regierungssozialisten angetan. (Ihren Schmerz können wir verstehen!) Mit welchen Mitteln die Mannheimer Abhängigen nun gegen die Hebergetreuen operieren, wurde bereits gekennzeichnet. Doch nun verkünden Mannheimer „Vollstimme“, „Vorwärts“ usw. einen „großen Erfolg“. Zwei Versammlungen, die am 16. September gleichzeitig in Hockenheim stattgefunden, hätten gezeigt, welche von den beiden Richtungen in Hockenheim in Wahrheit über den stärkeren Anhang verfüge. Die Versammlung der Regierungssozialisten habe 120 Besucher aufgewiesen, die der Unabhängigen nur 32. Also wird der Mittelwelt verkündet.

Lassen wir die nackten Tatsachen sprechen. Die Regierungssozialisten hatten mit großem Lärm, Plakaten usw. eine öffentliche Versammlung einberufen, wozu 4 Ortschaften eingeladen (sie trauten der „Zugkraft“ für Hockenheim allein nicht recht und fechten drum der Sicherheit halber diverse umliegende Orte mit in Bewegung). Erschienen waren insgesamt 68 Personen, darunter D. Ged als Redner, Parteisekretär Strobel als treuer Sekundant, 4 Unabhängige, die den Herrschaften entgegenstehen, so daß 60 eigentliche Besucher verblieben. Letztere setzten sich nur zu einem Bruchteil aus Hockenheim zusammen, außerdem ein gut Teil Bürgerlicher. Die Organisation der U. S. P. mußte sich mit einer Mitglieder-Versammlung begnügen, zu der 46 (nicht 32) Hockheimer Mitglieder erschienen. (Daß der Bericht der Abhängigen Gen. Dikmann, Frankfurt, als Referent beizaubert, nur nebenbei.) So steht also in Wirklichkeit der „Triumph“ aus, den die Abhängigen in Hockenheim errungen. Sind sie auf diese Trophäen stolz; und soll es recht sein. Die große Mehrheit der Parteimitglieder in Hockenheim steht fest zur U. S. P. Dabei bleibis; trotz allem Schwindel im Lager der Regierungssozialisten.

Aus den Gewerkschaften.

Die Arbeiter in der Glasindustrie. Die in den Beleuchtungs-, Medizin- und Weißglasfabriken beschäftigten Arbeiter hielten am 12. August in Görlitz eine Konferenz ab und beschloßen eine 30 Proz. betragende Teuerungszulage zu verlangen. Die Forderung wurde unterm 18. August dem Schutzverband deutscher Glasfabriken übermittelt und als keine Antwort einging, den in Betracht kommenden Industriellen direkt zugestellt. Unter dem 17. September ist nun endlich die Antwort eingegangen, daß eine Versammlung der Mitteldeutschen Glasfabriken die überreichte Forderung einstimmig abgelehnt hat. Der Schlußsatz der Antwort lautete, dieser Beschluß schließt nicht aus, daß die beteiligten Wünsche, die Arbeiter tatsächlich selbst haben, bzw. in geordnetem Wege andringen, jederzeit zu prüfen sich vorbehalten.

Die Antwort der Industriellen steht im Widerspruch zu der Antwort, die einzelne Industrielle bereits gaben, und steht ferner im Widerspruch mit der heute so verteuerten Lebensunterhaltung der Arbeiterschaft. Der Beschluß der Industriellen dürfte auf alle Beteiligten recht eigenartig wirken, denn es heißt, wenn die Arbeiter „Wünsche“ hätten und sie im geordneten Wege vorbrächten, dann sollten diese geprüft werden. Die Arbeiter haben den „Wunsch“ auf eine 30 Proz. betragende Lohn-erhöhung und haben nicht nur diesen Wunsch, sondern die Forderung durch ihre Organisation der Unternehmerorganisation mitgeteilt, also auf ganz geordnetem Wege zur Kenntnis der Unternehmer gebracht.

Die Industriellen haben allerdings Teuerungszulagen bereits gewährt, aber die Löhne für Arbeiterinnen sind trotzdem so gering, daß sie dringend der Verbesserung bedürfen. So werden eine große Zahl Arbeiterinnen in den Feinbind- und Backräumen bei Wochenlöhnen bis zu 10 Mk. beschäftigt, und Arbeiterinnen vor dem Glasofen erhalten bei der schweren Arbeit des Glasblasens noch Löhne von 14 Mk. in der Woche; Arbeiter, die bereits zum Glasblasen verwannt werden, allerdings noch im jugendlichen Alter stehen, erhalten Wochenlöhne bis höchstens 20 Mk. Glasmachergehilfen bis zu 27 Mk. in der Woche, und nur die besser bezahlten Glasmacher verdienen bei anstrengender Akkordarbeit zwischen 40 und 50 Mk. die Woche. Wochenlöhne über 50 Mk. werden nur in seltenen Fällen verdient.

Die Organisation hat den Vertrauensleuten Anweisung gegeben, an die einzelnen Unternehmer heranzutreten, um die Durchführung der Forderung zu erreichen. Verhalten sich auch hier die Industriellen ablehnend, werden Kämpfe nicht ausbleiben. Kommt es dazu, dann tragen die Unternehmer die Verantwortung, denn in so abweisender Form lassen sich die Arbeiter nicht behandeln.

Aus den Organisationen.

Lichtenberg. Zur Spaltung der Lichtenberger Stadtverordneten-Fraktion sei folgendes ergänzend nachzutragen, zumal sich im letzten Bericht einige Druckfehler unliebsam bemerkbar gemacht haben. Unsere Stadtverordnetenfraktion bestand aus 27 sozialdemokratischen Vertretern. Davon sind zurzeit 6 zum Militär einberufen, scheiden also bei

dieser Frage aus. — Die Genossen Berger, Brühl, Penzner, Pitz, Tempel und Wyle traten aus der gemeinsamen Fraktion aus und bilden nunmehr die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, obwohl es an und für sich zu bedauern, aber zur reinlichen Scheidung sehr dienlich ist, daß die 13 anderen Mitglieder der bisherigen gemeinsamen Fraktion Abraham, Beitz, Günther, Otto John, Elias, Eisenstadt, Kerber, Ludwig, Klem, Mirus, Peterhansel, Sander und Werther sich der anderen Parteirichtung angeschlossen haben. Bedauerlich zumal deswegen, weil ihre Mandatgeber, die Lichtenberger Arbeiterschaft, insbesondere die gesamte Lichtenberger Bezirksorganisation, sich zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei rechnen. Das frühere Fraktionsmitglied Ritter scheidet gleichfalls in dieser Frage aus, da man ja von einem „Stadtrat“ kaum erwarten kann, sich der Unabhängigen Partei anzuschließen. Derselben kommt das frühere Fraktionsmitglied Kreyling ebenso wenig in Frage, da derselbe schon vor längerer Zeit aus der Gesamtpartei ausgeschlossen wurde.

Die nächsten Stadtverordnetenwahlen werden zeigen, wie die Lichtenberger Arbeiterschaft über ihre bisherigen Vertreter im Stadtparlament denkt. Aber nicht nur bei diesen Wahlen wird sich dieses zeigen, sondern bei allen von der Arbeiterschaft zu vergebenden sonstigen Ehrenämtern und Delegationen.

Im weiteren sei die Lichtenberger Arbeiterschaft nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß unser Jugendheim jeden Dienstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr und Sonntags von abends 6 bis 9 1/2 Uhr geöffnet ist. — In unserer Bibliothek, im Lokal von Wilhelm Schulz, Scharnweberstr., findet die Bücherausgabe, unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches, jeden Sonnabend von 1/2 bis 9 Uhr statt. Wir erwarten für die Wintermonate eine recht rege Benutzung derselben.

Friedrichshagen. Montag, den 22. Oktober, Lesabend: Abends 8 Uhr, Scharnweberstr. 59, Hof part. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste haben Zutritt. Die Leiterin.

Weißensee. Am 24. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal von Maiche, Berliner Allee 251, die Fortsetzung unseres vorigen Zahlabends statt. Das Erscheinen jedes Einzelnen ist dringend notwendig. Die Bezirksleitung.

Charlottenburg. Der Frauenabend findet am Montag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, gemeinsam im Volkshaus, Rosinenstr. 4, im kleinen Saale der Stehbirnballe statt.

Stralau. Am Montag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Frauen-Lesabend bei Schulz, Markgrafendamm 6.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 21. Okt., vorm. 9 Uhr, Bappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealkasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstr. 43, bei Otto Kamp; Freireligiöse Vorklebung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: Das Gebet. Gäste willkommen.

Der 3. Wahlkreis veranstaltet am Sonntag, den 28. Oktober, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses einen literarischen Abend. Die Billets à 50 Pfennige sind bei den Bezirksführern zu haben.

4. Wahlkreis. Beim geselligen Abend am 18. Oktober in den Andreas-Hefestäben ist ein Damen-Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Im Büro des Wahlvereins ist es in Empfang zu nehmen.

Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein: Von Conrad Gürtl 1 Mk. R. A., Rothelm, Hessen 5 Mk.

Für Agitation der Partei erhalten von der Werkstatt der Betriebswerkstatt des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen 50 Mk. Von L. S., Berlin 5 Mk.

An unsere Postabonnenten!

Uns gehen vielfach Beschwerden zu darüber, daß manche Postanstalten die Besteller des Mitteilungsblattes mit der Begründung abweisen, das Mitteilungsblatt stände nicht in der Postzeitungsliste.

Wir machen darauf aufmerksam, daß unser Blatt in der 13. Nachtragsliste auf Seite 11 verzeichnet ist und wir bitten in geeigneten Fällen darauf hinzuweisen.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß wir für die im Felde stehenden Genossen ein

Feldpostabonnement

eingrichtet haben zum Vierteljahrspreis von 1,30 Mk. Bestellungen werden von dem Verlag des Mitteilungsblattes, Schicklerstraße 5, angenommen und von hier aus erledigt.

Verlag und Redaktion des Mitteilungsblattes.

Gewerkschaftshaus, Saal 4.
Sonnabend, den 20. Oktober 1917, abends 8 Uhr:
Kunst- und Theater-Aber
Gesang, Vorträge, 1 Lustspiel, Spielfest, Rezitation, Das Melodram:
„Das Hegenlied“, v. Wilbenbrun
Musik v. Schilling.
Saalöffnung 7 Uhr.
Eintritt einschließlich Garderobe 1 Mk.
Vorverkauf Engelufer 15 im Zigarrengeschäft.

Dankagung.

Für die mir anlässlich des Ablebens meines geliebten, untergezeichneten Mannes, des Kellers

Julius Rupnow

erwiesene Teilnahme und Kranzpenden sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie den Genossen und Genossinnen des 4. Wahlkreises meinen tiefsten Dank.

Frau Therese Rupnow geb. Behrendt.

Nachruf!

Am 8. 10. 17 verstarb nach kurzem Krankenlager unsere treue, langjährige Kollegin

Frieda Herrys.

Die Beisetzung fand bereits am 18. 10. auf dem Stadt-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Ehre ihrem Andenken!

Das Gesamtpersonal der Zentrale der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Wahlverein Brig.

Im Oktober erlag seinen Verletzungen (Kopfschuß) unser langjähriger Vorsitzender

Willi Benthmann

Brig, Chausseestr. 79.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

2. Wahlkreis.

2. Abteilung, Bezirk 50, Westen.

Am 2. Oktober verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriger Parteigenosse, der Fräser

Carl Wagner.

4. Wahlkreis.

Am 1. Oktober verstarb unser Genosse

Paul Hensel

Reichenbergerstr. 83, Bezirk 205 II.

Am 26. September verstarb unser Genosse, Schlosser

Emil Gerbing

Mühlenstr. 42, Bezirk 291.

Am 18. Oktober verstarb unser Genosse, der Zigarrenfabrikant

Johann Liebich

Memelerstr. 7, Bezirk 325.

Am 14. Oktober verstarb unser Genosse, der Posamentier

Max Silberstein

Warschauerstr. 60, Bezirk 328.

Im Juli verstarb unser langjähriger Genosse

Gottf. Richter

Ebelingstr. 8, Bezirk 409 II.

6. Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 11. Oktober, verstarb unser Genosse, der Tischler

Paul Floß

Fehmannstr. 6, 21. Abt., Bez. 760a.

Am Mittwoch, den 9. Oktober, verstarb unser Genosse, der Monteur

Paul Hoffmann

Wilhelmshavenerstr. 53, 15. Abt., Bez. 704.

Am Donnerstag, den 18. Oktober, verstarb plötzlich unser Genosse, der Dreher

Willy Luschnat

Soldinerstr. 35, 19. Abt., Bez. 829.

Ehre ihrem Andenken!

Stockholm.

Das die russische revolutionäre Demokratie nach wie vor an dem Stockholmer Konferenzgedanken festhält, geht aus den Kundgebungen hervor, die die Stockholmer Sowjet-Zentrale an den französischen Nationalkongress in Bordeaux richtete. Es heißt darin:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Imperialisten des ganzen Erdkreises hinter dem Rücken des Proletariats ein Komplott gegen die Demokratie schmieden. Jüngst gingen Gerüchte über ein deutsches Friedensangebot an Rußlands Verbündete auf Kosten der Russen an. Ein solcher Kriegsausgang wäre nicht nur die Niederlage der russischen Revolution, sondern der internationalen Demokratie. Die ganze russische Demokratie weist entrüstet solche Liquidierung des Krieges zurück und erhofft Unterstützung der Demokratie der ganzen Welt. Zur Vereitelung eines imperialistischen Friedens ist der energische Kampf des gesamten internationalen Proletariats unumgänglich notwendig. Mit Kornilow ist die Gefahr der Gegenrevolution nicht beseitigt: sie nährt sich von der aus der Kriegsverlängerung resultierenden innerpolitischen Lage. Ohne den baldigen demokratischen Frieden ist die russische Revolution äußerst bedroht. Wir erwarten daher von dem französischen Proletariat die Unterstützung unserer Revolution, und zweifeln nicht, daß Bordeaux den französischen Beschlüssen, an den Verhandlungen in Stockholm teilzunehmen, bestätigt und die notwendigen Kampfmittel zu seiner Durchsetzung findet.“

In einer Depesche des Zentralkomitees der Menschewiki heißt es:

„Das französische Proletariat ist auf dem Kongress zu einem entscheidenden Wort über die Fortdauer der Weltmehelei berufen. Die russische Revolution ist in Todesgefahr. Die Fortdauer des Krieges vergrößert die Anarchie, stärkt die Gegenrevolution. Nur schleunigster allgemeiner demokratischer Friede ohne Kontribution und ohne Annexionen auf der Basis der Völkerautonomie kann den Sieg der Revolution verbürgen. Die europäische Reaktion und das internationale Kapital sind in gleicher Weise an dem Bankrott der russischen Revolution interessiert. Das internationale Proletariat aber muß die russische Revolution als ihre eigene

Sache betrachten, da ihr Schiffbruch die kapitalistische Weltreaktion bedeuten würde. Zur Vernichtung der russischen Revolution würde die europäische Reaktion nicht einmal vor dem Sonderfrieden auf Kosten der Russen zurückschrecken. Wir drücken darum die Ueberzeugung aus, daß Bordeaux unverzüglich die Einberufung der Stockholmer Konferenz selbst gegen den Willen der imperialistischen Regierung beschließt.“

Die französische Regierung ließ die russischen Depeschen dem Nationalkongress längere Zeit vorenthalten und erst nach Protest herausgegeben. Leider scheint der Appell der Russen bei den französischen Delegierten in Bordeaux nicht den starken Widerhall gefunden zu haben, den er verdiente. Ueber die endgültigen Beschlüsse von Bordeaux liegen zurzeit dank der Vertuschungstaktik des amtlichen Depeschbüros Havas noch keine bestimmten Nachrichten vor, sie scheinen aber auf Grund eines schwächlichen Entgegenkommens der Minderheit zustande gekommen zu sein. Immerhin läßt sich aus den dürftigen Kongressberichten erkennen, daß in Bordeaux niemand gegen die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz zu reden gewagt hat. (Siehe Wochenschau, Frankreich.)

Weiteres vom Berner Gewerkschaftskongress.

Um unseren Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern in diesen ersten Zeiten ein paar heitere Minuten zu verschaffen, wollen wir einige Beispielsätze wiedergeben, die ein Herr Paul Schlegel in einem Beilagenheft der „Vossischen Zeitung“ über „Die Gewerkschaftler in Bern“ zum besten gibt. Es heißt da:

„An der Stirnwand der Präsident, ruhig, zäh, geduldig und klug. In seiner Organisation: Vorsitzender des schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Im Beruf: Polizeidirektor des einst so adelig- und bürgerstolzen Bern. Daneben die Presse: drei Deutsche, zwei Engländer, ein Italiener, ein Russe, zwei Schweizer, eng an zwei nebeneinandergestellten Tischen.“

Dicht davor die deutschen Delegierten, die heimlich Angeklagten. Nicht der Verletzung ihrer Hüterpflicht am Gral. Aber der Entfestigung des Weltkrieges, der Verletzung der belgischen Neutralität, schändlicher Grausamkeiten, des Unterwasser- und des Ueberluftkrieges, angeklagt vor allem ihrer Siege, ihrer Mächtigkeiten, ihres Fleißes, ihrer Hingabe, ihrer Aufopferungsfähigkeit. Legien, der weisköpfige, den man fast schon Minister genannt, der baumstarke, gebräunte Bauer, Sassenbach, der vielgewandte Literaturfreund, Sachse, der bager König der Bergarbeit, Brey, das schmale Männlein mit dem hängenden Riinbart, den flinken Augen. Prächtige

blonde wohllebige Männer aus Skandinavien und Holland, dunkle bewegliche, begabte aus Oesterreich, Ungarn, Bulgarien. Sah vermittelnd die Männer der Schweiz.

Und aller Augen hängen an den finnenden Legiens, die ruhig und wägend über das Ganze schweiften.

Und alle, alle so ernst, so furchtbar ernst. Die Stimmen, wie trocken und sachlich. Hat man wirklich die Flügel des Herzens losgebunden?

Ein Brief wird verlesen, der aus England kam.

„Eine Absage an die Deutschen, im übrigen, wie aus dem Temps oder der Times geschnitten. Alle Dummheit, die je über Deutsche gesagt, hier vereinigt. Und Bauer erhebt sich zur Antwort. Hart und voll erklingt sein männliches Diktirementum. Aber gebändig ruht sein Temperament in der zügelnden Hand seiner Klugheit. Er weist zurück, aber er verlegt nicht neu. Er verteidigt, aber er teilt keine Erbteile aus. Tausendmal Geistes über er wiederholen, da er es nicht sagt, wird es überhaupt erst wirksam. Staatsmännische Sicherheit. . . .“

Zweiter Tag. Antrag der Franzosen: Amtsenthebung der Richter vom Gral, Sitzverlegung des internationalen Sekretariats von Berlin in ein neutrales Land. . . .“

Da schiden die Schweizer das schwerste Geschick ins Feld, den tschibardigen Grenlich, den „Großvater Europas“, wie einer nachher sagte. Und aus der ehernen mächtigen Stimme alle drohenden Leitartikel Schweizer Blätter, freundliche Anklagen an das gebuldige, seine Regierung unterstützende deutsche Volk. . . .“

Und Legien sagte leise über den Tisch:

„August, die Rede hältst Du.“

Und August Brey steht auf, und redt seine schmale Männlichkeit. Eine gepreßte unichöne Stimme. Schneidend scharf, stoßend kommen die Worte — aber welche Worte!

Keine Verteidigung, keine Rechtfertigung, keine Darlegung des deutschen Standpunktes. Keine, keine, keine, keine — aber sie sind nicht die Hauptsache. Die liegt hinter den Worten, die diesmal keinen Gedanken, wohl aber ein Gefühl verhallen, ein sich offenbarendes, ein sich vordrängendes, das aber immer wieder schamvoll verschleiert wird, damit es nicht an der Selbstverständlichkeit Schaden nehme. Und wo der Mund von Internationale spricht, bekennt sich das Herz zu dem einen großen, dunkelnden, schaffenden, leidenden, sterbenden und wieder gebenden Deutschland. Und im Saale dämmert die Erkenntnis: Internationale ist Deutschland. . . .“

Ramsay MacDonald über die europäische Lage.

Der sozialistische Abgeordnete Ramsay MacDonald schreibt (wir zitieren nach der J. A.) im „Pioneer“ vom 7. und 14. September:

Unser täglich Brot.

Von Dr. med. S. Drucker.

I.

Das Brot bildet die Grundlage der Volksernährung. Es gibt kein anderes Lebensmittel, das für die Massen den gleichen Wert hätte; auf ihren täglichen Speisezetteln steht es an erster Stelle, erst nach ihm kommt die Kartoffel und dann erst das Fleisch. Wenn in früheren Zeiten eine Hungersnot über ein Land hereindrang, so war immer die mähratene Getreideerde daran schuld.

Allerdings ist das Brot zum Leben nicht unbedingt notwendig; die Nährstoffe, die es enthält, könnte man recht wohl auch auf andere Weise aufnehmen. Die großen Kulturvölker Ostasiens kennen noch heute nicht das Brot. Die Chinesen zum Beispiel verwenden statt dessen den Reis, den sie in verschiedener Zubereitung, gewöhnlich in Wasser gekocht, mehrere Male am Tage genießen. In Europa ist die Kunst des Brotbackens schon vor mehr als zwei Jahrtausenden geübt worden. Sie stammt wahrscheinlich von den alten Ägyptern, von denen sie zuerst die Griechen, später die Römer übernahmen. In Germanien wurde das Brot ungefähr zu Beginn der christlichen Zeitrechnung eingeführt. Man hatte dort zwar schon viel früher Getreide, nämlich Hafer und Gerste, angebaut, aber man verstand zunächst nur, aus den gemahlten Körnern dicke Breie herzustellen. Heute sind wir bereits so sehr an das Brot gewöhnt, daß wir es selbst wenige Tage nicht entbehren können. Nicht nur, weil unsere Geschmacksnerven und Verdauungsorgane ganz auf das Brot eingestellt sind, sondern hauptsächlich, weil es unser Kulturleben wesentlich erleichtert. Wir haben den und doch immer ruhebedürftigen modernen Menschen brauchen ein Nahrungsmittel, das stets fertig zum Genuß bereit liegt, das sättigt und nährt, und das wir bequem mit uns tragen können, wenn uns die Tagesfron viele Stunden vom Hause fern hält. Alle diese Ansprüche erfüllt das Brot, und darum vor allem ist es zum wichtigsten Bestandteil der meisten Nahrungsmittel geworden. Wegen seines verhältnismäßig niedrigen Preises spielt es die größte Rolle in der Ernährung des Proletariats; der erwachsene männliche Arbeiter verzehrt im Frieden täglich 500 bis 700 Gramm und verschafft sich mit dieser Portion fast die Hälfte aller Nährwerte, die der Körper zu seinem Gedeihen nötig hat.

Das Brot gehört zu den nahrhaftesten Lebensmitteln. Während Gemüse und Obst an Nährstoffen nur wenige Prozente aufweisen, birgt das Brot davon ansehnliche Mengen und besitzt einen Nährwert, der den der Kartoffel noch um das Zweieinhalbfache übertrifft. Fett ist in der Brotsubstanz nur spärlich vor-

handen, im allgemeinen weniger als ein Prozent; vom Eiweiß, dem Baumaterial für unsere Organe, findet sich schon erheblich mehr: in hundert Gewichtsteilen Brot ungefähr fünf Gewichtsteile Eiweiß. An sich nicht viel! Da man jedoch täglich mehrere hundert Gramm Brot genießt, ergibt sich als Gesamtsumme immerhin eine beachtenswerte Zahl. So enthält bereits ein Pfund Brot soviel Eiweiß wie ein Bierlein Pfund Kalbfleisch und mit einem Kilo könnte man zur Not den täglichen Eiweißbedarf des ganzen Körpers decken. Die Hauptmasse des Brotes besteht aus Zuderstoffen, den sogenannten Kohlehydraten; sie bilden allein mehr als die Hälfte des Gesamtgewichts. Außer diesem Trio der lebenswichtigen Nährstoffe, dem Eiweiß, Fett und Zucker, beherbergt das Brot noch geringe Mengen verschiedener Nährsalze, unverdaulicher Holzfasern und gegen 35 Prozent Wasser. — Nun ist allerdings der Nährwert des Brotes keine ein für allemal feststehende Größe. Er hängt vielmehr von der Beschaffenheit und Zusammensetzung des Backmehls ab, ist demnach bei jeder Badart verschieden. Immerhin schwankt er nur innerhalb verhältnismäßig engen Grenzen. Jene oben angeführten Nährwertzahlen gelten für das Friedensbrot seligen Angeklagten, für das gewöhnliche Haus- oder Graubrot, das überwiegend aus Roggenmehl, zum kleineren Teil aus Weizenmehl bestand. Das reine Weizengebäck, also Semmel, Schrippen, Knäuel usw., hat einen etwas größeren Gehalt an Zuderstoffen, das Kleiereiche Schwarzbrot hingegen ist daran ärmer als das Graubrot.

Wer die Nährhaftigkeit einer Speise feststellen will, darf jedoch nicht allein die Analyse des Chemikers als Wertmesser verwenden. Maßgeblich ist schließlich nur, in welchem Grade die in einem Nahrungsmittel vorhandenen Nährstoffe vom menschlichen Körper ausgenutzt werden. Denn nur was die Darmflora zerlegen, was in eine für den Organismus aufnehmbare Form umgewandelt wird, kurz, was verdaut wird, kann nützen. Wie steht es nun mit der Verdaulichkeit des Brotes? Unterscheiden sich vielleicht in dieser Hinsicht die einzelnen Brotarten erheblich voneinander, so daß die eine bevorzugt, die andere zurückgesetzt zu werden verdient? Diese Frage hat die Wissenschaft erst in jüngerer Zeit, seitdem man peinlich genaue Untersuchungen nicht nur der aufgenommenen Nahrung, sondern auch der Ausscheidungen vorgenommen hat, endgültig beantwortet können, und sie hat sich klipp und klar entschieden für das helle, kleiefreie Brot und gegen das dunkle, kleiereiche. Unter Kleie versteht man bekanntlich die beim Mahlverfahren abfallenden äußeren Schichten des Getreidekorns. Sie zeichnen sich zwar durch einen großen Reichtum an Eiweiß und Nährsalzen aus, halten diese Stoffe aber

in festen Kämmerchen, in den verholzten Zellen aufgespeichert, die unsere Verdauungssäfte nicht durchdringen können. Selbst die Walzen der modernsten Mühlen, die das Korn zu feinstem Staub zerpulvern, zertrümmern immer nur einige Kleiezellen; die Nährstoffe dieser gewaltsam geöffneten Zellen und noch der wenigen von unseren Darmbakterien aufgeschlossenen werden verdaut, der größte Teil der Kleie geht ungenutzt durch den Darm und erscheint unverändert wieder im Kot. Und zugleich mit ihm Zuderstoffe in größerer Menge, als sie sonst ausgeschieden werden. Also die Kleie ist nicht bloß fast unverdaulich, sie setzt noch die Verdaulichkeit der Zuderstoffe herab.

Das Volk hat nicht erst das Urteil der Ernährungswissenschaft abgewartet. Es hat längst das Kleiefreie oder wenigstens kleiarmeres Brot gewählt, zunächst wohl, weil es dem Gaumen besser behagte und seine hellere Farbe und sein Porengehalt ihm ein gefälligeres Aussehen verliehen, dann offenbar auch, weil die Erfahrung gelehrt hatte, daß das Schwarzbrot die Verdauungsorgane stärker belästigt. Im 17. Jahrhundert untersagte sogar die französische Regierung die zu starke Ausmahlung des Getreides. Ueberhaupt sind die westlichen Länder Europas einschließlich Englands den anderen in der Verwendung eines helleren Brotes vorangegangen. Bei uns in Deutschland wurde die Herrschaft des Schwarzbrottes erst spät und allmählich gebrochen und in manchen ländlichen Bezirken behauptet es sich heute immer noch. Hier sind es robuste, viel im Freien und schwer arbeitende Bauern, die der Sitte ihrer Väter noch treu bleiben und bei ihrer körperlichen Verfassung auch treu bleiben können. Gelegentlich, in kleinen Portionen, zum Beispiel als Beigabe in der Form von Pumpernickel, wird es natürlich überall noch gern verzehrt. — Im letzten halben Jahrhundert sind mehrfach auch von wissenschaftlicher Seite Versuche unternommen worden, um dem Schwarzbrot die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Kein Geringerer als der Chemiker Liebig hat wiederholt die Rückkehr zum kleiehaltigen Gebäck gepredigt, in der allerdings falschen Annahme, daß das Eiweiß, das ja in der Kleie reichlich vorhanden ist, die Quelle der Muskelkraft sei. Weder er, noch die englischen Brotreformer der siebziger Jahre, die das dunkle Brot als Mittel gegen die Stuhlträgheit empfahlen, haben einen Einfluß ausüben können. Die steigende Nachfrage der Landwirtschaft nach der als Viehfutter besonders geeigneten Kleie und die Fortschritt in Mehl und Kleie erleichterten, förderten noch die Verbreitung des hellen Brotes. Da kam der Krieg und mit einem Schlage war die Entwaldung vergangener Jahrhunderte auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen.

Die Konferenz der alliierten Sozialisten hat in London stattgefunden. Sie zeigte, daß die sogenannten „Mehrheitler“ viel schwächer sind als Beweisführung und Zahl, als manche glauben.

Frankreich hat seine Mehrheit und seine Minderheit. Die Mehrheit macht allerhand Ausschüfte, da sie weiß, daß sie keine Mehrheit ist. Wie manche unserer Leute fürchtet auch sie die öffentliche Meinung. Sie hat nicht den Mut, die Führung zu übernehmen. Sie gibt sich den Anschein, als sei sie für die Abhaltung einer Stockholmer Konferenz, um desto besser die Arbeiter von diesem Schritt abzulenken.

Die französische Mehrheit kam nach London, um die Stockholmer Konferenz zum Scheitern zu bringen, und die kurze Tagung befähigte sie, ihren Plan zum Teil auszuführen. Hätten wir noch einen dritten Verhandlungslag gehabt, so würde die französische Mehrheit geschlagen worden sein. Sie wurde ohnehin in Miskredit gebracht.

Der mannhafteste Teil des französischen Sozialismus, viele sozialistische Führer und die jüngeren Deputierten, wie Pressimane, sind mit der Minderheit. Ein Teil der Mehrheit, der in London nicht vertreten war, bewegt sich nach unserer Richtung: Gachin, Roulot und dergleichen gehören diesem Flügel an. Schließlich ist auch der französische Gewerkschaftsbund mit uns, nachdem er früher gegen uns war.

Die große Mehrheit der italienischen Sozialisten ist ebenfalls mit uns. Einer ihrer Führer sagte mir: „Unsere Wähler tadeln uns nicht, weil wir gegen den Krieg sind, sondern weil wir ihn nicht kräftig genug bekämpfen.“

Portugal ist einstimmig mit der Minderheit. Ebenso Rußland, dessen Stellungnahme wohl bekannt ist.

Die letzten Ereignisse haben Rußland geschwächt. Nachdem die Revolution durchgeführt war, verlangten die Finanzleute und Reaktionsäre, die von den alliierten Mächten unterstützt wurden, daß eine Offensive gegen die Mittelmächte unternommen wird. Sie begründeten ihr Verlangen mit folgenden Worten: „Wir müssen angreifen, um den Druck auf die Westfront zu entlasten.“ Aber die Offensive konnte nur gerechtfertigt werden, wenn gute Aussichten auf Erfolg vorhanden war. Im Falle eines Misserfolges riskierte man 1. den moralischen Einfluß der russischen Revolution auf Deutschland, 2. eine schwere Niederlage Rußlands, 3. eine Stärkung der Mittelmächte. Diese Gefahren haben sich jetzt allen aufgedrängt.

Die russische Offensive wurde der russischen Regierung von ausländischen Finanzleuten und von russischen Imperialisten und Militaristen auferlegt. Die herrschenden Klassen Europas haben die russische Revolution nichts weniger als freundlich begrüßt. Die „Times“ und ähnliche Zeitungen spizen jetzt die Ohren und hoffen auf einen Zusammenbruch der Revolution.

Die große Frage ist: Wie kommen wir zu einem Einverständnis mit der deutschen Demokratie? Auf diese Frage kann nur die Unabhängige Arbeiterpartei (I. A. P.) antworten; nur sie hat eine Politik, die dieser Frage entspricht. Alle anderen Parteien haben nur Worte, die sie durch ihre Handlungsweise schwächen.

Das Ziel, das wir suchen und das die Regierungen durch ihre Aktionen unmöglich machen, ist die Demokratisierung Europas. Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch eine Konferenz der Führer der Organisationen der Arbeiterklasse.

Zu Anfang dieses Jahres versicherte man uns, daß der Krieg im Jahre 1917 zu Ende sein wird; vor einigen Monaten forderte man uns auf, die „Siegesankette“ zu zeichnen. Wie lange noch sollen wir uns durch dieses Spiel betören lassen?

Ein russischer Appell an die deutsche Sozialdemokratie.

Unter dem Titel „Es ist die höchste Zeit“ veröffentlicht Genosse Nik. Suchanow in den Organen Maxim Gorkis „Nowaja Sibir“ einen Artikel, der an die deutsche Sozialdemokratie appelliert: „Die mächtige deutsche Sozialdemokratie ist imstande, jeden Augenblick einen entscheidenden Einfluß auf die Politik ihrer Regierung auszuüben. Und jetzt, wo die deutschen Armeen neue Siege feiern, wo die Verteidigungsziele mehr als je erreicht sind, ist die deutsche Sozialdemokratie verpflichtet, ihre ganze Kraft und Macht dem Friedenswerke zu widmen.“

Die russische Revolution, die der Weltbewegung der Arbeiter die Möglichkeit neuer leuchtender Ziele eröffnete, wird jetzt von der tödlichen Gefahr des äußeren Zusammenbruchs bedroht. In der allgemeinen Verwirrung bei den Zuständen, die durch den feindlichen Aufmarsch geschaffen werden, können die gewaltigen Errungenschaften der russischen Demokratie vollständig vernichtet werden. Die sozialdemokratische Mehrheit der österreichisch-deutschen Koalition muß sich dessen bewußt sein, daß mit der russischen Revolution auch ihr eigenes Werk zugrunde gerichtet wird.

Die Kräfte unserer Revolution sind zweifellos untergraben. Der Kampf der russischen Demokratie für den Frieden wird zweifellos schwächer, da er keinen genügenden Widerhall in den Ländern des Westens findet. Und die augenblickliche schwere Lage an der Front, die die Hauptstadt der Revolution bedroht, ersichert noch mehr den Friedenskampf jenes Teiles der Demokratie, der den Prinzipien der internationalen Klassenolidarität treu bleibt.

Wer jetzt, in diesem kritischen Augenblick, nicht für die Revolution ist, ist gegen die Revolution. Aber die russische Demokratie in dem Augenblick der außerordentlichen Prüfungen nicht unterläßt, der liefert sie den Feinden des Sozialismus aus und führt einen Schlag aus dem Hinterhalt gegen die proletarische Bewegung.

Die deutsche Sozialdemokratie ist verpflichtet, die Friedensfrage auf die Tagesordnung zu stellen.

Die Bemühungen der russischen Demokratie, die weder von der feindlichen noch von der alliierten Koalition unterstützt wurden, konnten bis zur Stunde die imperialistischen Regierungen zu einem solchen Schritt nicht bewegen. Aber der Geist der russischen Revolution ist noch nicht erloschen. Wenn sie nicht genügend Kräfte hatte, um das Werk des Friedens aus eigener Kraft zu vollenden und an der Spitze der europäischen Demokratie den Kampf für die Befreiung der Menschheit vom Kriege bis ans Ende zu führen, so reichen doch diese Kräfte aus, um eine brüderliche Unterstützung zu beantragen, um der Offensive der Demokratien Europas auf die Feindesburg des internationalen Imperialismus eine entsprechende Aufnahme zu sichern.

In den Tagen der Todesgefahr werden wir alles tun, um den Erfolg des Werkes eines allgemeinen Friedens zu sichern, wenn wir im deutschen Proletariat einen wirklichen Verbündeten und nicht einen Feind der Revolution finden.

Zum Prozeß Adler.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Der Oberste Gerichtshof hat das Urteil gegen Friedrich Adler bestätigt und die Todesstrafe, die der Kaiser nachgesehen hat, in eine 18-jährige Kerkerstrafe umgewandelt. In allen Kreisen der Bevölkerung erwartete man ein für Adler günstigeres Ende des Prozesses.

Die Bestätigung des Urteils kam völlig unerwartet. Am 7. Juli 1917 hat nämlich das Abgeordnetenhaus nicht nur die verfassungswidrigen § 14-Verordnungen, womit die Geschworenengerichte stillgesetzt wurden, aufgehoben, sondern auch in eine neue Gesetzesvorlage über die Geschworenenliste einen Artikel eingefügt, wonach die bis zum 7. Juli 1917 von Ausnahmegerichten gefällten, aber noch nicht rechtskräftigen Urteile aufgehoben und an die Schwurgerichte verwiesen werden. Das Urteil gegen Friedrich Adler wurde am 19. Mai 1917 von dem Wiener Ausnahmegericht gefällt und war am 7. Juli 1917 noch nicht rechtskräftig, es fiel daher unter diese Bestimmung. Die Gesetzesvorlage blieb im Herrenhaus wegen des erwähnten Art. 4 auf Widerstand und wurde an das Abgeordnetenhaus zurückgeleitet. Hier ist seit der ersten Beschluss im Justizauschuß unverändert bestätigt worden und wird nun dem für den 25. September einberufenen Abgeordnetenhaus zur Genehmigung wieder vorgelegt werden.

Bei dieser Sachlage erschien es höchst unwahrscheinlich, daß der Oberste Gerichtshof die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil erledigen würde, solange noch nicht feststand, ob es nicht durch ein Gesetz analog mit vielen anderen aufgehoben werden würde. Nun kam dennoch die unerwartete Bestätigung, die freilich nichts daran ändert, daß dieses Urteil auch jetzt noch durch das erwähnte Gesetz, wenn es zukünftig kommt, aufgehoben werden kann. Für die Partei ergibt sich die Aufgabe, nun erst recht auf Einführung der Schwurgerichte und Ueberprüfung der politischen Prozesse durch diese zu beharren.

Die Haltung der Partei zum Prozeß Adler ist ein eigenes Kapitel, das in der Geschichte des Sozialpatriotismus einst nicht fehlen dürfen wird. Vor der Verhandlung war Gen. Friedrich Adler von den Parteinstanzen verfehmt, er war der Sünder im Stumpfe opportunistischer Politik, dessen Tat gesetzwidrig als die eines Einzelnen, Verirrten, Unzurechnungsfähigen hingestellt wurde. Dann kam die Verhandlung mit ihrer sechsständigen Verteidigungsrede, die in Wahrheit eine flammende Anklage gegen die „Schande Österreichs“ und gegen die „Schande der Partei“ war. Die Wucht dieser Rede, die Leidenschaft und tiefinnerste Wahrhaftigkeit, die aus jedem Wort leuchtete, schlug mit unüberwindlicher Kraft die künstlich aufgerichteten spanischen Wände der Parteinstanzen nieder. Zwei Tage lang stand das absolutistische Gewaltsystem der Staatsverwaltung, aber auch die politische Unterwerfung der Sozialpatrioten unter die Regierungspolitik in dem grellen Lichte dieses Prozesses. Unsere Scheidmänner fühlten den gewaltigen Strom neuer Kampfbegeisterung, die der Prozeß in den Massen der Parteimitglieder auslöste, sie fühlten aber auch, daß ihre Kriegspolitik in unerschütterlichem Widerspruch zu dem Rebellengeiste des Anklägers stand und daß von seiner Rede die stärkste Bedrohung ihrer Politik ausging. In diesem Widerstreite der Gefühle fanden sie den gewohnten und beliebten Ausweg: das Totschweigen.

Die Vertreter der äußeren Rechten, die auch im Prozeße genannt wurden, Renner und Penzner, erklärten sich persönlich „beleidigt“, die Masse der übrigen Durchharter aller Grade begnügte sich mit der bequemen Auslegung, daß Adler in allem, was er gegen den staatlichen Absolutismus sagte, ein guter Sozialdemokrat, aber in seinen Ausführungen über die Partei ein Anarchist sei.

Anerkannt werden muß, daß die „Arbeiter-Zeitung“ über die Verhandlung sehr ausführlich und objektiv berichtete. Dies taten übrigens auch die meisten bürgerlichen Zeitungen. Die sozialdemokratische Provinzpresse hingegen hatte mit der rühmlichen Ausnahme des Grazer „Arbeiterwille“ nur sehr wenig Raum für den Verhandlungsbericht, so daß das Wort der Aufklärung über die Taktik der Partei nur in recht geringen Dosen über Wien und Graz hinausdrang.

Die Tagung des Abgeordnetenhauses, die sich an den Prozeß angeschlossen, offenbarte bald der Öffentlichkeit, daß alles, was Gen. Adler über die politischen Zustände Österreichs sagte, noch weit hinter der furchtbaren Wirklichkeit dieser entsetzlichen Kriegszeit zurückblieb. Am 2. Juli kam es zu dem kaiserlichen Amnestieerlaß, der offenkundig auf die Haltung der slavischen Parteien im Parlament zurückzuführen ist. Einen

Teil des Verdienstes an dieser teilweise Entmachung des Unheils kann Gen. Kuffner für sich in Anspruch nehmen, der in einer glänzend geführten journalistischen Kampagne eine Reihe ganz besonders krasser Fälle schilderte. Damit begann die Aufhebung der § 14-Verordnungen über die Ausnahmegerichte. Dieser Anfang eines verfassungsmäßigen Lebens Österreich — der erste sehr beschriebene Anfang seit Kriegsausbruch — ist sicherlich zum guten Teil auch der Rede Friedrich Adlers zu danken, der noch vor Einberufung des Parlaments mit seinem kühnen, zündenden Worte Breche schlug in den Wall des Absolutismus. Ein künftiger Geschichtsschreiber wird an dieser Tatsache nicht vorübergehen können. In dem neuerstandenen Abgeordnetenhaus aber hat kein Redner der sozialdemokratischen Fraktion, insbesondere nicht die beiden Sprecher in der großen politischen Debatte: Renner und Seitz, auch nur mit einem Sterbenswörtchen auf Friedrich Adler und die Bedeutung seines Prozesses hingewiesen.

Nur einmal, nach dem erwähnten Amnestieerlaß, der Adler überging, wurde wenigstens in einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ von Gen. Adler gesprochen. Das Blatt verlangte aus den Gründen des Erlasses die Ausdehnung der Amnestie auf Adler, den Verirrten, über dessen Tat durch die Begnadigung gleichfalls „der Schleier des Vergessens“ gebreitet werden sollte. Die Stimme des demütig bittenden Zentralorgans wurde nicht gehört. Das Justizministerium schloß sich im Gegenteil hart genug, durch den offenbar unersättlichen Einpruch des Herrenhauses und durch die Zulassung der Bestätigung des Urteils den erklärten Willen des Abgeordnetenhauses zu kräftigern. Wieder einmal zeigte sich, daß das ängstliche Bestreben der Parteinstanzen, nur ja nirgends Anstoß zu erregen und die Massen selbst nicht zu Worte kommen zu lassen, als Schwäche gedeutet wird.

Es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß die Parteitaktik in Zukunft sich ändern wird. Alle Inverpflicht der Opposition stützt sich dagegen auf das Erwachen der Massen, die Friedrich Adler nicht vergessen werden.

Ueber das Schicksal Friedrich Adlers wurde dem „Berliner Tageblatt“ aus Wien berichtet:

Der vom Kaiser zu 18 Jahren schwerer Kerkers begnadigte Friedrich Adler war seit seiner Festnahme im Oktober 1916 im dortigen Landesgericht in Haft und beschäftigte sich den ganzen Tag mit der Lektüre sozialwissenschaftlicher Werke und mit schriftlichen Arbeiten. Die Kunde von seiner Begnadigung hat er vollkommen ruhig aufgenommen und neuerdings betont, er habe die Tat nur in der Absicht verübt, ein System zu beseitigen, das ihm für die Allgemeinheit schädlich schien. Donnerstag, 11. Oktober, früh wurde Friedrich Adler aus dem landesgerichtlichen Gefangenhause in die Strafanstalt Stein gebracht, um die über ihn verhängte Kerkerstrafe zu verbüßen.

Ums Gemeindevahlrecht.

Das Dreiklassenwahlrecht paßt in die heutige Zeit nicht mehr hinein. So ungefähr heißt es in der Osterbotschaft des Kaisers. Es soll durch ein anderes Wahlrecht in Preußen ersetzt werden. Wie die Wahlrechtsvorlage aussehen wird, die Ende diesen Monats oder Anfang des November dem Preussenparlament vorgelegt werden wird, und welches Schicksal die Vorlage haben wird, ist im Augenblick nicht abzusehen.

Tatsache bleibt aber, daß sie sich nur auf das Wahlrecht zum Landtage beziehen wird und daß das Dreiklassenwahlrecht für die Gemeinden unangefastet bleibt. Hat aber das Dreiklassenwahlrecht für den Landtag keine Erststimmberechtigung mehr, dann kann es auch nicht für die Gemeinden weiter bestehen bleiben, weder für die Landgemeinden, noch für die Stadgemeinden.

Natürlich haben die Klassenvertretungen in den Land- und Stadgemeinden kein Interesse daran, von sich aus dahin zu wirken, daß ihnen ihre Vorrechte genommen werden. Wahlrechtsfragen sind Machtfragen, um die gekämpft werden muß.

Um die bürgerliche Mehrheitsvertretung vorwärts zu drängen und auch sie wieder einmal zu einer Stellungnahme in der Wahlrechtsfrage der Gemeinden zu veranlassen, hatte die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung noch vor ihrer Spaltung beschlossen, das Gemeindevahlrecht zum Gegenstand einer Besprechung in der Stadtverordneten-Versammlung zu machen. Sie beantragte deshalb, die Stadtverordneten-Versammlung sollte den Magistrat ersuchen, an den preussischen Landtag namens der Stadtgemeinde eine Petition zu richten, in der die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindevahlrechts nach dem System der Verhältniswahlen für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts und unter Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes gefordert wird.

Der Antrag kam in der Sitzung am 11. Oktober im Rathaus zur Verhandlung. Einer Begründung dieser unserer alten Forderung bedarf es an dieser Stelle nicht. Hingewiesen wurde von dem Begründer des Antrags, Heimann, darauf, daß die frühere

Stellungnahme bürgerlicher Redner zu der Materie auf ein Zensuswahlrecht in der Gemeinde hinaus. Dem aber jetzt der Boden völlig entzogen sei. Der Redner der freisinnigen Mehrheit, Herr Cassel, konnte eine klare Antwort seiner Freunde über den Antrag nicht abgeben. Ein Zensuswahlrecht wolle nicht. Und wenn er früher gemeint habe, wer in der Gemeinde mitreden wolle, der muß auch miltate. d. h. Steuern zahlen, so sei zu sagen, daß auch derjenige miltate, der in der Gemeinde mit seiner Arbeit das tut. Das klang plötzlich anders als früher. Unser Genosse Singer hat dieses Faten durch Arbeitsleistung schon immer als das wesentliche hingestellt, durch die die großen Steuerzahler erst in die Lage gebracht werden, Steuern zahlen zu können. Einverstanden aber könnten die Freunde des Herrn Cassel mit der Äußerung von 20 Jahren nicht sein. Auf den Einwand unserer Genossen, daß doch heute zahlreiche Zwanzigjährige ihr Blut für das Vaterland hergeben müßten, meinte er, dann müßte auch der Stebzehnjährige das Wahlrecht haben. Mit dem Frauenwahlrecht müßte man sich die Sache überlegen. Es sei kein Zweifel, daß die Frau während des Krieges Tüchtiges in öffentlichem Leben geleistet habe, inwiefern man ihr öffentliche Rechte gebe, sei zu erwägen. Zu fordern sei aber neben einem modernisierten Wahlrecht ein freiwirtschaftliche Städteverfassung, die den Städten größer Bewegungsfreiheit gewährleiste, insbesondere müsse eine Reihe Verwaltungszweige der Polizei abgenommen und den Gemeinden übertragen werden. Der Oberbürgermeister erklärte eine freiere Gestaltung der Städteverfassung für dringend notwendig in Verbindung mit einem freieren Wahlrecht. Das wird möglich sein, wenn erst in Preußen ein anderer Wind weht. Von dem Redner der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Adolf Hoffmann, wurde der reaktionäre Standpunkt des kommunalfreisinnigen Stadtverordneten Sommerfeld festgenagelt, der an dem Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei sich für ein Zensuswahlrecht in der Gemeinde mit nicht miszuversprechender Deutlichkeit eingesetzt hat.

Um einer klaren Stellung zu dem Wahlrechtsantrage auszuweichen, beschloß die Stadtverordnetenversammlung: Mit Rücksicht darauf, daß die Stadtverordnetenversammlung von Berlin schon seit längerer Zeit eine der modernen Entwicklung und berechtigten Anforderungen gemäße grundlegende Aenderung des Gemeindevahlrechts erforderlich erklärt hat

daß die innere Entwicklung Preußens auch dieser Aenderung im Wege der Gesetzgebung wird herbeiführen müssen,

daß es zu diesem Zweck wünschenswert erscheint, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Berlin eine bearbeitete Vorstellung über die bei dieser Aenderung zu beachtenden Grundsätze an die königliche Staatsregierung und den Landtag richten

ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation hierüber zu beraten.

Der sozialdemokratische Antrag wurde zur weiteren Beratung dieser Deputation überwiesen.

Diese Entschliessung bedeutet zunächst eine Verschleppung des Antrages, ein Ausweichen einer klaren Stellungnahme, dann aber enthält diese Entschliessung eine Unwahrheit insofern, als gesagt ist, die Stadtverordneten hätten schon immer eine gründliche Reform des Gemeindevahlrechts gefordert. Das früher gefordert wurde, lief auf ein Zensuswahlrecht hinaus, was jetzt öffentlich nicht zugegeben werden soll, obwohl freisinnige Vorführer auf ihrem Parteitage das ganz unverblümt ausgesprochen haben. Zu umgehen ist eine Reform des Gemeindevahlrechts so wenig wie eine Reform des Landtagswahlrechts. Eine ausweichend von offiziöser Seite ausgehende, durch die Presse laufende Notiz besagt, daß eine solche Reform auch beabsichtigt ist, nur soll sie von einem auf anderer Basis zusammengetragenen Landtage gemacht werden.

So sind sie.

Ein Arbeiter schreibt uns: „Ein echtes Demagogenschicksal haben sich die Abhängigen wieder einmal geleistet. Bekanntlich war dem Reichstage eine Vorlage zugegangen, die den Schiffreedern zum Aufbau der Handelsflotte eine Liebesgabe von etwa 2 1/2 Milliarden andachte. Die alte Fraktion hatte durch den Mund des Abgeordneten Schumann ihr Einverständnis mit der Vorlage ausdrücken lassen. Hingegen hatten die Unabhängigen durch Herzfeld und Henke erklären lassen, daß sie die Vorlage strikte ablehnen. Jetzt fing den Abhängigen das Herz an zu schlagen. Nehmen sie den Vorlage ohne Einschränkungen an, dann geben sie den bösen Unabhängigen ein vorzügliches Agitationsmittel in die Hand. Das dürfte nicht sein. Andererseits mag ihnen wohl die Sache bezüglich der Genossen im Lande brenzlich geworden sein, die eine solche

Stellungnahme kaum verstanden haben würden. Denn mag es auch wohl einen kleinen Krach in der Fraktion gegeben haben über diese Frage. Da war ein guter Rat teuer. Ein Königreich für einen guten Rat. Und er wurde gefunden. Man stellte nämlich den Antrag, von gewisser Grenze ab diese Summe nur als Darlehen zu bewilligen und macht von der Annahme dieses Antrages die Zustimmung zu der Vorlage abhängig. Der Antrag wurde abgelehnt und erst konnten die Herren erreicht die Vorlage ablehnen. Aber es mag ihnen doch nicht so leicht geworden sein, sich aus dem Block der Mehrheit herauszuschalten, aber bloßer Selbsterhaltungstrieb siegte über alle sonstige Rechnungsträger. Also nicht aus prinzipiellen Gründen stimmte man schließlich gegen die Vorlage, sondern aus Furcht vor den Unabhängigen, vor den Wählern, und wer weiß aus noch welchen anderen Gründen. Es ist rein zum Lachen, wenn man diese Sorte Arbeiterpolitik so hin- und herwendelt sieht. Und das stellt sich dann hin als Stützenrichter und Prinzipienwächter über die Unabhängigen. Daß Euch die Krähen nicht auslachen!“

Betriebsbeschränkung = 50 Prozent Steigerung des Ueberschusses.

Die Braunschweigische A.-G. für Jute und Flachindustrie hat im Jahre 1916/17 die Herstellung von Ersatzstoffen angenommen. Bei solchem Wechsel sind naturgemäß stets Schwierigkeiten zu überwinden, trotzdem brachte man mit 890 000 Mk. einen Ueberschuh heraus, der dem des vorangegangenen Jahres nur um 65 000 Mk. zurückfiel. Für das Jahr 1916/17 berichtet nun der Aufsichtsrat, daß der Betrieb nur ein beschränkter gewesen sei. Dieser Umstand verhinderte jedoch nicht das Hinausspringen des Ueberschusses auf 1 367 898 Mk. oder um fast 58 Prozent. Das läßt ahnen, wie die Preise hochgekrant worden sind — aber nicht die Löhne.

Die Mannesmann-Werke, die bei der Marokko-Affäre eine so große Rolle spielten, haben im letzten Jahre ebenfalls mit Erfolg die Preis- und Gewinnbeschränkungen in Bewegung gesetzt. Sie brachten den Nettogewinn von 12 Millionen Mark auf 50,2 Millionen Mark hinauf. Nach Abschreibungen, die um 8 Millionen Mark höher sind als im Vorjahr und den sonstigen Abzügen, sowie Steuern und Kriegsgewinnsteuerrücklagen, 5,5 Millionen Mark (im Vorjahr 3,7 Millionen Mark) verbleibt noch ein Nettogewinn, der mit 24,8 Millionen Mark um 7,76 Millionen Mark = 46 Prozent höher ist als der des Vorjahres. Es lebe der Krieg! So können manche Leute ausrufen.

Groß-Berliner Chronik.

Die Benutzung der Schnellzüge ist mit dem 18. Oktober mit einer nahezu hundertprozentigen Verteuerung verbunden. Es werden Vorschläge erwogen, auch den Vorkortverkehr zu verteuern. Das wäre für die Groß-Berliner Bevölkerung, die weit entfernt von der Wohnstätte arbeitet und auf eine billige Beförderung angewiesen ist. Auch auf die Wohnverhältnisse würde eine solche Verteuerung des Verkehrs eine tiefgreifende Wirkung ausüben.

Ein verschärftes Bezugsscheineverfahren ist eingeführt, da die Vorräte an Kleiderstoffen immer knapper werden. Es ist eine Aenderung der Freiliste erfolgt, dann ist das Verfahren verschärft worden für die Abgabe von Bezugsscheinen und drittens haben die Stoffhöchstmaße für Frauen-, Mädchen- und Badstoffe eine Verminderung erfahren. Die Bezugsscheinepflicht ist auf baumwollene Strümpfe jeder Art, auf fertige Säuglingskleidung für Kinder bis zu einem Jahr, auf Kragen, Manschetten und Einsätze, fertige Fracks, Widalgamaschen, baumwollene Pelzeis und Wachsstuch, fertiggewaschene Julets, Matrasen, farbige Tischdecken und gemusterte weiße Tischzeuge sowie auf Korbhüte und auch auf imitierte Velgarnituren ausgedehnt worden. Bezugsscheinfrei geworden sind dagegen alle ungeschützten Handtauche aus Baumwolle, Halbseide und Seide, funktionierende Gardinen, Fenster- und Wandbedänge. Der Kleinhandelspreis für bezugscheinfreies Plüschmaterial und einige freie geringwertige Gegenstände ist von 1 Mark auf 2 Mark erhöht worden. Seide und Halbseide sind bezugscheinfrei geblieben. Holzschuhe sind nunmehr bezugscheinfrei geworden, Holzstapeln oder Holzpantinen sind jedoch gleich allen sonstigen Schuhwaren nach wie vor bezugscheinfrei.

Auch sind die neuen Richtlinien für die Erteilung von Bezugsscheinen auf die Bestandteile von Einfluss geworden. Eine Erleichterung ist aber insofern eingetreten, als in Zukunft bei Vorhandensein eines Sommermantels auch ein Wintermantel bewilligt werden kann, während umgekehrt die Bewilligung eines Sommermantels bei Vorhandensein eines Wintermantels nur in gewissen Fällen (ärztliches Zeugnis uim.) möglich ist. Die Gültigkeitsdauer der gewöhnlichen Bezugsscheine ist von einem Monat auf zwei Monate erhöht worden, das gilt auch für die bereits ausgestellten Bezugsscheine, soweit seit ihrem Ausstellungstage bis zum 18. Oktober 1917 noch nicht zwei Monate verstrichen sind. Wer noch Abgabebescheinigungen alten Moders hat, muß beachten, daß er diese noch bis zum 15. November gegen Bezugsscheine umtauschen kann und weiter, daß die Bezugsscheine C C I nur noch bis Ende dieses Jahres gelten.

Eine große Eisenbahnerversammlung hat am 11. Oktober in den „Münsterläden“ stattgefunden. Die Lohnfrage stand zur Verhandlung. Verbandssekretär Rogur berichtete über den Stand der Lohnbewegung. Er führte aus, daß Herr Ministerialdirektor Hoff in einer Aussprache mit Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes betont habe, die Löhne des Letzten erneut um 10 Prozent gesteigert werden, und zwar mit rückwirkender Kraft ab 1. August. Die an der Aussprache beteiligten Verbandsvertreter, Verbandssekretär Rogur und Bezirksleiter Kaufhäuser, hätten sofort Veranlassung genommen, zu erklären, daß diese Lohnerhöhung viel zu gering sei, um die Eisen-

bahner zu beruhigen. Außerdem hätten sie sich gegen die prozentuale Lohnerhöhung gewendet. Herr Ministerialdirektor Hoff habe die erhobenen Einwendungen als beachtet anerkannt und künftige Berücksichtigung versprochen. Wenn nun auch die Lohnerhöhung den berechtigten Wünschen der Eisenbahner nicht entspricht, so kann doch festgehalten werden, daß die in der Einrede des Verhandlungsstandes in den Herrn Ministerialdirektor öffentlichen Arbeiten gemachten vorläufigen Berücksichtigung offen haben, soweit es sich um die Erhöhung des Grundlohnes und um die Auszahlung der Lohnerhöhung mit rückwirkender Kraft handelt. Es wird nun die Aufgabe des Verhandlungsstandes sein, auch innerhalb in diesem Winter die für die Erhöhung des Lohnes einzutreten, bis das gesteckte Ziel erreicht ist.

Soweit es sich um die Erhöhung der Grundlöhne und um die Auszahlung mit rückwirkender Kraft handelt, erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit den getroffenen Maßnahmen. Bezüglich der Höhe der Zulage bedauerte die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Entschliessung, daß es sich wieder um eine geringfügige Verbesserung der Löhne handelt, die einen Ausgleich für die gesteigerten Ausgaben nicht bildet. Ebenso bestenmäßig bleibe die prozentuale Lohnerhöhung. Die Versammlung beauftragte erneut den Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, im Sinne der Entschliessung zu handeln, die am 26. September 1917 im Lehrvereinshaus einstimmig angenommen wurde und die eine Lohnerhöhung um 25 Pfg. für die Stunde für alle Bedienstete verlangt.

Die Direktion der städtischen Gaswerke hat bekannt, daß die Gaspreiserhöhung in Kraft getreten ist. Der erhöhte Preis von 20 Pf. per Kubikmeter wird von dem Zeitpunkt berechnet, von dem ab im Oktober die Gasmessertände angenommen worden sind. Von den Automatenständen wird bei der Entleerung der Wägen der Zuschlag von 2 Pf. per Kubikmeter gleich erhoben.

Städtischer Kesselfverkauf erfolgt von Röhren aus, die an der Fischerbrücke, an der Burgstraße (Zirkus Busch), an der Oranienbrücke und an der Potsdamer Brücke verankert liegen. Das Pfund wird mit 12 Pf. abgegeben. Der Anbrang ist ein großer.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin veröffentlichte dieser Tage die neue Abänderung der Handelspreise für Gemüse und Obst. Aus dieser Veröffentlichung geht hervor, wie sehr der Zwischenhandel die Preise steigert. Danach kosten gelbe Kohlräben (Streckrüben, wer hat Appetit darauf?) beim Erzeuger 1 1/2 Pf., beim Großhändler 4 1/2 Pf. und beim Kleinhandler schon 8 Pf. das Pfund. Spinat: Erzeugerpreis 30 Pf., Großhandelspreis 80 Pf. und Kleinhandelspreis 50 Pf. Rote Rüben: Erzeugerpreis 10 Pf., Großhandelspreis 18 Pf., Kleinhandelspreis 18 Pf. So geht es fort. Für Gruben II Birnen beträgt der Erzeugerpreis 20 Pf., der Kleinhandelspreis 40 Pf. Wir meinen, daß da doch das Kriegswunderwerk alle Ursache hätte, einzugreifen und die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vor das Forum zu laden, die wiederum die Verantwortung auf die Reichsstellen abwälzen werden. Interessant sind die Preise für Pflaumen und Zwiebeln. Wo mag es so etwas geben, werden viele Arbeiter fragen.

Ums Leben gekommen ist in ihrem Beruf die Straßenbahnführerin Selma aus Jyz.-Buchholz. Bei einem Straßenbahnzusammenstoß wurde der Frau der Kopf zerquetscht.

Der Hausbruch in Mariendorf erfolgt auf Veranlassung des dortigen Hausbesitzervereins um 8 Uhr abends.

Zuckerartenfälscher und 16 Händler sind in Haft genommen worden.

Bergigete hat sich die 29 Jahre alte Kaufmannsrau Kunemann mit ihrem dreijährigen Töchterchen aus der Martin-Opficht. 8. Der Mann steht im Felde. Die Frau litt seit einiger Zeit an Weisheitsbildung.

Allzu vertrauenswürdig war ein hiesiger Schuhmachermeister, bei dem eine Frau aus Sagan erschien, die ihm Gröhe von seiner Nichte, die dort in der Strafanstalt angeheilt ist, überbrachte. Die Besucherin erzählte, sie sei Inspektorin der Anstalt gewesen, aber wegen Kränklichkeit ausgeschieden und wolle sich nun in Berlin niederlassen. Der Meister und seine Frau gewöhnten ihr für die ersten Tage gern Obdach. Zum Dank dafür ließ ihnen die Frau für 8000 Mk. Ersparnisse, Wertpapiere und Kleidungsstücke. Die von der Kriminalpolizei eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß die „Inspektorin“ in Gefängnissen und Anstalten auf Verschleiß war, denn sie — eine 89 Jahre alte Frau Amalie Strauß — hatte schon 19 Jahre hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern zugebracht und war aus der Strafanstalt entwichen.

In der neu eröffneten Kunstausstellung am Ratsfütendamm befinden sich auch Bilder berühmter Persönlichkeiten. Darunter auch der Kopf Scheidemanns. Vielleicht wird er noch ausgehauen in Stein oder Marmor.

In der Vereinszeitung des Reichsverbandes Deutscher Obst- und Gemüsehändler wird über eine gewisse Sorte Randschaft folgendes geschrieben:

„Wir haben gerade in Berlin das widerwärtigste, unkehlteste, und rücksichtsloseste Publikum; ein Publikum, bei dem die größten und größten Flegel und Krakeeler nicht etwa in den Kreisen der Unterirdischen, sondern gerade in den mittleren und besseren Bevölkerungsklassen zu finden sind. Gerade diese Klassen sind es, die es an Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse fehlen lassen, die in ihren Ansprüchen während der Kriegszeit maßlos und oft geradezu ekelhaft anspruchsvoll sind und von denen der keineswegs auf Rosen gebettete Kleinhandler regelmäßig den Eindruck einer ausgepeinigten Schilke gewinnt. Es kommt hinzu, daß gerade betrugt Käufer-Kanailles das Recht zu haben glauben, an jedem Kleinhandler ihre dreckigen Stiefel abzuwischen, als ob die bestehenden Verordnungen nur gegen die Kleinhandler erlassen worden sind.“

Die Charakterisierung der Randschaft bezieht sich auf Leute aus den mittleren und besseren Bevölkerungsklassen. Sehr charakteristisch! Im Allgemeinen liegt die Bevölkerung vielfach über ungehörige Behandlung vieler Händler dem Publikum gegenüber.

Aus der Bewegung.

In der Klage der „Vorwärts“-Redakteure Däumig und Genossen stand am Dienstag, den 16. Oktober, vor dem Kammergericht Termin an. Die Sache verfiel der Verjährung. Ein neuer Termin wurde auf den 29. Januar 1918 angesetzt. Wenn das so weiter geht, werden die hinausgeworfenen Redakteure ihre Gehaltsansprüche befristet erhalten, wenn sie tot sind. Der Parteivorstand hätte schon von sich aus die Verpflichtung gehabt, den Entlassenen ihr Gehalt und auch die bei Ausbruch des Krieges einbehaltenen Gehaltsanteile zu zahlen, wie das jeder anständige bürgerliche Arbeitgeber täte, aber sich nicht noch verklagen lassen und bürgerliche Richter über selbstverständliche Ansprüche entscheiden lassen.

Jur Situation in Hamburg. In der Gefolgschaft der Abhängigen macht sich eine ungnädige Bewertung der Tätigkeit des Scheidemann-Direktoriums immer auffälliger bemerkbar. Das kann man sogar aus der abhängigen Presse konstatieren, obwohl die sicher alle Opposition in möglichst harmloser Aufmachung an die Öffentlichkeit bringt. Ein Bericht des Hamburger „Echo“ über den Verlauf einer Delegiertenversammlung im dritten Wahlkreis gibt da zu denken. Große referierte über den bevorstehenden Parteitag und meinte, die Toleranz gegen die Opposition ginge zu weit! In der Debatte verlangte man, die Fraktion solle gegen die Regierung energischer auftreten, es müsse versucht werden, zu einer Einigung mit der U. S. P. zu gelangen. Schuld an der Entzweiung liege wohl auf beiden Seiten; die Danamit der Vertreter in Berlin sei zu „bewundern“; die Presse müsse entschiedener sein. Dabei wird insbesondere auf das „Echo“ hingewiesen. Man hätte alle Veranlassung, mehr Entschiedenheit zu verlangen. Ein weiterer Redner will die bisherige Haltung der Partei gelten lassen, das Verhalten der Regierung zwingt jedoch zu einer anderen Haltung, die Kreditablehnung müsse als Druckmittel benutzt werden. Der nächste Redner bemängelt ebenfalls wieder die lasche Schreibweise der Parteiblätter; bei der letzten Kreditvorlage hätte ganz andere Stellung genommen werden müssen. Dann kam der Abg. Stubbe und wurde beinahe wieder radikal. Im Reichstage habe man die Empfindung gehabt, als wollte man sagen: Schwagt ihr, was ihr wollt, wir machen doch, was wir wollen. Man müsse versuchen, zu einer Einigung zu gelangen, und es sei möglich, sie zu erreichen. Daran bemerkte ein anderer Redner, Stubbes jetziges Auftreten zeige, daß man wieder auf dem Wege der Vernunft sei.

Schließlich wurde der Vorstand noch interpelliert über das Verhalten des Herrn Winnig, der ein Referat für eine liberale Versammlung übernommen habe, man müsse ihm eine Mißbilligung aussprechen. Der Vorstand erklärte, er habe von Winnigs Verhalten erst durch das Inserat in den Zeitungen Kenntnis erhalten. Daß man Winnig dafür rügen wolle, davon wurde nichts gesagt. Wenn so selbst das „Echo“ über den Verlauf der Versammlung berichtet, dann muß dort schon sehr heftig aufgetrumpft worden sein. Trotzdem denkt man aber auch hier: Schwagt was ihr wollt, wir tun, was wir wollen. Immerhin, die Vorgänge zeigen, daß es in den Reihen der Mitglieder zu tagen beginnt. Bisher waren die Delegiertenversammlungen die feste Stütze der Parteiregierung in Hamburg; nun wird die Stütze brüchig.

Fortschritte in Nürnberg. In Nürnberg sprach kürzlich der dortige Abgeordnete Herr Südekum in einer großen Versammlung; er schnitt mit seiner Durchhaltepolitik aber schlecht ab. Um diesen Eindruck zu verwischen, sprach am Sonntag, den 14. Oktober, der Magdeburger Abgeordnete Dr. Landsberg in demselben Lokal, dem Hercules-Velodrom. Es mochten etwa 1200 Personen anwesend sein; der Saal blieb zu etwa ein Viertel unbesetzt. Landsberg sprach in seiner advokatorisch-dozierenden Art über den Kampf für Frieden und Freiheit, vermochte aber die Versammlung nicht warm zu machen und erregte häufig Widerspruch. Zum Schluß erntete er nur schwachen Beifall.

In der Diskussion sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Simon, der kürzlich zur U. S. P. D. übergetreten ist. Als Genosse Simon die Tribüne bestieg, wurde er mit demonstrativem Beifall empfangen und er erntete bei seinen temperamentvollen und schlagenden Ausführungen oft stürmische minutenlange Zustimmungskundgebungen, aus denen sich deutlich die oppositionelle Stimmung der Versammlung ergab. Vergebens suchte Landsberg den nachhaltigen Eindruck der Rede Simons wieder auszubüßen durch persönliche Angriffe, die Genosse Simon in einer persönlichen Bemerkung scharf zurückwies. Die Veranstalter der Versammlung und der Referent waren über diesen Verlauf der Versammlung sichtlich betroffen. — Auch in Nürnberg, wo man so lange einer klaren Stellungnahme zu den inneren Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie ausgewichen ist, scheiden sich die Geister und die Masse der Arbeiter findet den Weg zur U. S. P. D.

Diese für uns so prächtig verlaufene Versammlung in Nürnberg, dem Hauptort Nordbayerns, war für den Parteitag der Abhängigen in Würzburg kein günstiges Omen. Sie zeigt, wie ihnen das Vertrauen der Arbeitermassen verloren geht.

„Bei Volk“ zu Kautskys Mahregelung. Unser holländisches Bruderorgan „Bei Volk“ enthält in seiner Nummer vom 8. Oktober folgenden Aufruf:

„Für den Fall, daß Karl Kautsky beabsichtigen sollte, eine neue Zeitschrift herauszugeben, ersuchen wir alle Parteigenossen und Freunde unserer Sache, die geneigt sein sollten, diese Zeitschrift durch ihr Abonnement zu unterstützen, dies dem Unterzeichneten mitzuteilen.“

Wir erlassen diesen Aufruf, ohne mit Kautskys Plänen bekannt zu sein, der ohne jede Warnung plötzlich abgesetzt worden ist. Wir beabsichtigen, dem bisherigen Leiter der „Neuen Zeit“ einen Beweis von Sympathie zu geben, der ihm gleichzeitig von vornherein unseren praktischen Beistand zusichert.

Das Interesse der internationalen Sozialdemokratie verlangt es unseres Erachtens, daß Kautsky in die Lage versetzt wird, dauernd mit ihr durch eine Zeitschrift in Verbindung zu bleiben.

J. Ankersmit. F. van der Goes.
W. S. Bliegen.“

Außerhalb des Kreises der abhängigen Parteipresse hat der neueste Gewaltakt des Parteivorstandes der abhängigen Sozialisten überall nur Verurteilung gefunden, auch bei den Neutralen.

Die Leipziger Abhängigen hatten für Freitag abend nach dem Volkshaus eine Versammlung einberufen, in der Herr Lange über: Die Notwendigkeit der politischen Neuordnung und das gleiche Wahlrecht in Sachsen sprechen sollte. Die Versammlung sollte eine „Protestkundgebung“ sein, und die Mitglieder des abhängigen Vereins sowie die Leser der Freien Presse sowie „alle Freunde der politischen Neuordnung“ waren eruchtet worden, für starken Besuch zu werden. „Am einen ruhigen und imposanten Verlauf der Versammlung zu sichern“, sollte ein Aufruf zum Eintritt in den Saal berechtigen. Die Veranstaltung sollte zu einer „flammanden Kundgebung“ werden. Es nahmen an ihr aber nur etwa 65 Personen teil. Mehr hatte man trotz heißen Bemühens nicht auf die Beine bringen können; ein Beweis, daß die Arbeiterschaft von Leipzig und Umgebung es ablehnt, den Abhängigen Gefolgschaft zu leisten. Die Versammlung nahm deshalb wohl einen sehr ruhigen, aber keinen „imposanten“ Verlauf, und von einer „flammanden Kundgebung“ war nicht das mindeste zu spüren. Dafür wird am 28. Oktober Herr Reichstagsabgeordneter Landsberg — ausgerechnet Herr Landsberg — im Zentraltheater eine Vorstellung geben.

Anschluß der Württemberger Opposition an die U. S. P. Zur Gothaer Tagung hatten auch die Württemberger Genossen mehrere Delegierte entsandt. Doch während sich in den meisten Bezirken Deutschlands der Anschluß der oppositionellen Glieder der Partei an die U. S. P. in rascher Reihenfolge vollzog, stand Württemberg noch aus. Nunmehr ist auch dort die Entscheidung gefallen. Mit großer Mehrheit haben sich die Genossen für den Beitritt zur U. S. P. entschieden. Das ist erfreulich. Mit dem Beitritt Württembergs wird die Bilanz der als internationale Sozialisten kämpfenden Glieder der U. S. P. in Deutschland eine geschlossene. Wurde ihr Banner bereits in allen wichtigen Gebieten des Reiches gehißt, so wird nunmehr auch das Schwabenland mitmarschieren. Die Genossen Württembergs blicken auf schwere Kämpfe der letzten Jahre zurück. Bei ihnen setzten im Kriegsjahr 1914 die ersten Vorstöße der Gewaltpolitiker aus dem Lager der Regierungssozialisten mit ein. Die Taten der Keil und Genossen, ihre Streiche gegen die Württemberger Opposition, um die Tagewacht und deren Redakteure Crispian, Hoernle u. sind noch in frischer Erinnerung. Der Parteivorstand, der mit heuchlerischer Rasche dem Vorgehen der Keil und Genossen seine „formale“ Zustimmung zunächst versagte, deckte im weiteren Verlauf der Parteikämpfe deren Streiche voll auf und krönte dieselben dadurch, daß er die Opposition als „außerhalb-der-Partei-stehend“ erklärte. (Das bekannte Rezept, um unbequeme Glieder der Organisation los zu werden!) Das geschah bereits im Jahre 1915. Doch unsere Württemberger Parteifreunde haben sich weder durch die Maßnahmen der Keil und Genossen, noch durch die des P. V. tte mögen lassen. Aufricht im Kampfe, stellten sie unter den erschwerten Umständen weiter ihren Mann, getragen und unterstützt von breiten Schichten der Württemberger Arbeiterschaft. Wurde ihnen in den letzten Jahren das Vereins- und Versammlungsrecht vollständig unterbunden, eine Reihe ihrer im Vordergrund stehenden Mitglieder mit Inhaftierungen, Verurteilungen u. bedacht, so haben sie es doch verstanden, ihre Organisationen durch alle Jahresschritte hindurch zu bringen, ihr wöchentliches Mitteilungsblatt, den „Sozialdemokrat“, hochzuhalten. Als festes Bauwerk steht die Bewegung in einer Reihe von Orten Württembergs auch heute da. Wird sich der Anschluß an die U. S. P. nunmehr geschlossen vollziehen — wir erwarten dies bestimmt! —, so werden die im Kampf erprobten Glieder der Württemberger Parteiopposition auch in der U. S. P. zur weiteren Entwicklung gelangen, ihre Kräfte entfalten und im Vormarsch des klassenbewußten Proletariats nicht an letzter Stelle stehen.

Ein Preispruch vor dem Reichsgericht. Der Angeklagte Kt. aus Niederdorfelden (Kreis Danau) wurde der Verbreitung eines Flugblattes (des sog. „Hungerflugblattes“) bezichtigt. Die Anklage lautete ursprünglich auf Aufreizung zum Klassenhaß und wurde zunächst vor der Danauer Strafkammer verhandelt. Letztere erklärte sich jedoch für unzuständig, wieweil die Sache ans Reichsgericht, und so mußte sich der Angeklagte wegen versuchten Hoch- und Landesverrats in Leipzig verantworten. Die Anklage konnte nicht aufrecht erhalten werden. Der Reichsanwalt beantragte zwar wegen Aufreizung zum Klassenhaß 8 Monate Gefängnis, das Gericht sprach jedoch den Angeklagten, der vom Rechtsanwalt H. Haase-Berlin verteidigt wurde, vollständig frei.

Wer hat nun recht? Mit großem Tamtam ist in der Presse der badischen Regierungsozialisten verkündet worden, daß der Wiederaufbau der Partei im 7. badischen Wahlkreis (Offenburg) vollendet und gelungen sei. Am 2. September tagte eine Wahlkreis-konferenz, an welcher der Vertreter der U. V. teilnahm, und der Reichstagsabgeordnete Oskar Geck-Mannheim die Lokrede hielt. Das ging alles — angeblich im Glanz. — Nun berichtet die Freiburger „Volkswacht“ zum Würzburger Parteitag, daß 4 badische Kreise keinen Delegierten sandten, darunter der 7. Kreis (Offenburg), der „wegen seines Uebertritts zu den Unabhängigen ausscheidet.“ — Ist das der stolze Aufbau?

Preiserhöhung dringend erforderlich!

Zuckerindustrielle, Rübenbauer, agrarische Presse und was sonst dazu gehört: Landwirtschaftliche Vereine, alle arbeiten mit vereinten Kräften an dem schönen Ziel, wieder mal eine Erhöhung der Preise für Zucker durchzubringen. Bei den jetzigen Preisen kann man unmöglich noch zurecht kommen: genügende Selbstkosten, hohe Löhne usw. Wer trotzdem noch daran zweifelt, daß es ohne Preiserhöhung nicht geht, der beachte folgendes: Das Wurzelgewicht der Zuckerrüben hat beträchtlich zugenommen, die Blattentfaltung und der Zuckergehalt sind in den letzten Wochen gefördert worden. — So berichtet das bekannte statistische Büro von F. O. Licht in Magdeburg. Also eine gute Ernte ist zu erwarten: da muß es auch gute Preise geben, denen die Industriellen.

Sie sind an tüchtige Ueberschüsse gewöhnt und auf deren Steigerung begierig. Das bedingt höhere Preise. Man höre nur, was herausgeholt werden muß:

Die Zuckerrabrik Altjauer, die für 1915/16 nur 11 Proz. Dividende verteilte, wirft für das letzte Jahr 20 Proz. ab. Die Zuckerrabrik Schrote gibt den Aktionären für das letzte Jahr 23 v. H., die Zuckerrabrik Rajavien desgleichen. Von 23 auf 24 Proz. erhöht die Zuckerrabrik Tuczo ihre Ausschüttung. Die Zuckerrabrik Brantenthal bringt für 1916/17 30 Proz. heraus, überdies hat man für die Aktionäre noch einen Genußschein in Vetto. Nur 15 Proz. schüttet die Rübenzuckerfabrik Groningen aus.

Nun gibt es allerdings auch eine Reihe von Fabriken, die nur sehr niedrige Dividenden verteilen. Aber diese Ausschüttungen sind durchaus kein Maßstab für die Rentabilität der Unternehmen, bei denen gewöhnlich die Rübenlieferanten gleichzeitig die Aktionäre der Zuckerrabrik sind. Als Fabrikanten bewilligen sie sich sehr hohe Rübenpreise und Nachzahlungen, damit für die Zuckerrabrik keine hohen Ueberschüsse nachbleiben. Dieser Umstand erklärt es auch, daß die Rübenbauern so bejagt um das Wohlergehen der Zuckerrabrike sind und die Zuckerindustriellen wie die Löwen für hohe Rübenpreise kämpfen. — Hier wächet man sich nicht gegenseitig, sondern sich selbst — die Hände.

Und weil Rübenbauern und Zuckerindustrielle so tapfer sich unterstützen, kann's kaum fehlen, daß ihr neuer Anschlag auf die Taschen der Verbraucher von Erfolg gekrönt sein wird.

Aus der Zeit.

Um ein Stück Fleisch erschossen. Im sächsischen Landtag wurde bei Behandlung einer Interpellation des Fortschrittlers Günther über den Gebrauch von Schusswaffen beim Feldjagd folgender Fall behandelt: Ein junger Arbeiter Schindler hat in der Umgegend von Plauen ein Paket mit ein paar Pfund Fleisch über die Grenze gebracht. Er wurde von zwei als Flurschützen angestellten Soldaten angehalten, ist dann aber davongelaufen. Als er auf Ruf eines Soldaten nicht stehen blieb, wurde auf Schindler geschossen. Der junge Arbeiter wurde so schwer verwundet, daß er kurze Zeit darauf im Krankenhaus starb. Die sächsische Regierung hält aber nach wie vor an der Auffassung fest, daß die Flurschützen auf verdächtige Personen schießen dürfen.

Der Millionensegen der Obstbauern. Die größte Obsternte seit hundert Jahren, soweit Äpfel und Birnen in Frage kommen, weist, nach Blättermeldungen, das Rhein-Main-Gebiet auf. Welch hohe Summen der Landwirtschaft hierdurch zufließen, zeigt unter anderem die Einnahme im Bezirk Alzenau, in dem man bis jetzt für rund 6 Millionen Mark Obst veräußerte. Aus Rheingebiet wird berichtet, daß infolge der glänzenden Frühobst- und Spargelernte und der reichen Welternte das Vermögen der Produzenten eine Steigerung von weit über 100 Millionen Mark erfahren hat. Einen Höchstbetrag der Obsternte dürfte die nur einige hundert Einwohner zählende Gemeinde Hausen (Bezirk Oberberg) erzielt haben, die bisher mehr als 400 000 Mark für Obst vereinnahmte. Das ist der Erfolg der hohen Obstpreise. Den Landwirten steht reicher Gewinn zu, und die Verbraucher haben unter der Teuerung zu leiden.

Alles in Butter! Der Landrat in Schwiebus macht folgendes bekannt: Die Besitzer des Rittergutes Starpel, Frau Martha Kowalsky, geb. Kose, und Frau Anna Alexander, geb. Hirschenjohn, haben in unerhörter Weise gegen die Anordnung über Speisefette verstoßen, indem sie fortwährend reine Sahne getrunken, bei weitem nicht die erforderliche Menge Butter abgeliefert und jedesmal bei ihrer Abreise mehrere Pfund Butter, zuletzt 15—20 Pfund, mitgenommen haben. Auch zum Kuchen ist sehr viel Butter verbraucht und der Kuchen noch mit Butter gestrichen worden. Ich bringe dieses pflichtvergeßene Verhalten hiermit zu öffentlicher Kenntniss.“

Wem geht es in dieser Kriegszeit am Schlechtesten? Die Antwort auf diese Frage gibt der Professor Jurinik, München in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Er schreibt:

„... Gerade der Mittelstand stellt die Mehrzahl der Heerespflichtigen... Der Verdienst einiger weniger, dazu gehören die Arbeiter und die ganz großen Kriegsgewinnler, hat ihre Ansprüche gesteigert, sie zahlen, wenn es darauf ankommt, schließlich jeden Preis. Soweit der Krieg die Arbeiterschaft benötigt, zahlt er Gehälter und Löhne, die das Einkommen hoher Staatsbeamter übersteigen. Wer jetzt wirklich hungert, wer jedem neuen Tage mit Hängen und Bangen entgegensteht, das ist weniger der Arbeiter, das ist der gesamte Mittelstand. Mit am schwersten werden jene Privat- und Staatsbeamten getroffen, deren Einkommen sich zwischen 8000—12000 Mark bewegt...“

So viel volkswirtschaftliche Weisheit ist selbst für einen patriotischen deutschen Professor eine Rekordleistung.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.